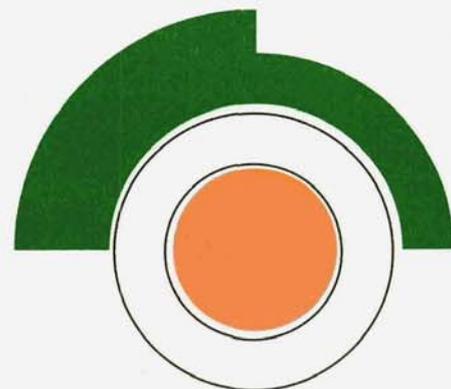


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 20. 12. 1991

WORT UND WIDERWORT

Soll Spielsucht als Krankheit anerkannt werden?

Spielsucht könne und müsse als psychische Störung anerkannt werden, damit den von diesem Schicksal geschlagenen Menschen endlich die Hilfe und Unterstützung geboten werden könne, die sie benötigten. Angesichts der Identität von Folgen und Symptomen bei Drogenabhängigkeit und Spielsucht müßten die Kostenträger des Sozial- und Gesundheitswesens endlich zur Kenntnis nehmen, daß Spielsucht in den Katalog der behandlungsbedürftigen psychischen Störungen aufgenommen sei, erklärt der SPD-Abgeordnete Dr. Wilhelm Vollmann zum Thema der Woche. Der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Arentz führt an, Spielsucht führe ähnlich wie Drogenabhängigkeit in vielen Fällen direkt in die Kriminalität. Vor diesem Hintergrund sei die Tatenlosigkeit der NRW-Landesregierung nicht länger hinnehmbar. Die CDU halte deutlich höhere Steuern für kriegs- und gewaltverherrlichende Automaten für ebenso notwendig wie eine deutliche Unterstützung der Selbsthilfegruppen von Glücksspielern. Diese Gruppen arbeiteten in der Regel mit großem Erfolg. Der F.D.P.-Abgeordnete Hans-Joachim Kuhl unterstreicht, was ihn an der ganzen Diskussion störe, sei die Unehrllichkeit und Schizophrenie in der Beurteilung, was Spielsucht sei. Wenn Menschen in den staatlich konzessionierten Spielkasinos spielten, und vielleicht sogar ihr ganzes Hab und Gut einsetzten, dann gehe das in Ordnung, weil der Staat Nutznießer sei. Profitierten jedoch Private davon, dann sei es ein gesellschaftliches Problem. Der Grünen-Abgeordnete Daniel Kreutz vertritt die Ansicht, ob die Politik bereit sei, nicht nur an den Symptomen der Krankheit zu laborieren, sondern auch die gesellschaftlichen Ursachen in den Blick zu nehmen, müsse angesichts des Filzes von organisiertem Glücksspiel und Politik bezweifelt werden. Schließlich verdiene nicht nur die private Glücksspielbranche am Geschäft mit der Hoffnungslosigkeit. (Seite 2)

Einert zu Plänen eines Zwischenlagers in Kalkar: „NRW hat seinen Beitrag geleistet“

Die Landesregierung sieht keinen Anlaß, zum Vorschlag eines Zwischenlagers für schwach radioaktive Abfälle im stillgelegten SNR 300 in Kalkar Stellung zu beziehen. Erst wenn ein „konkretes, belastbares und prüfbares Konzept“ vorliege, werde sie sich zur Sache äußern.

Dies stellte Landeswirtschaftsminister Günther Einert (SPD) in der Fragestunde des Landtags am 13. Dezember auf die Dringliche Anfrage von Dr. Katrin Grüber (Die Grünen) fest, die einen Grundsatzbeschluss der Regierung gegen ein atomares Zwischenlager in Kalkar verlangt hatte.

Der Minister bezeichnete die Pläne zu einem solchen Zwischenlager als Ergebnis einer Diskussion in einem informellen Arbeitskreis, der über strukturelle Hilfen für die vom SNR-Stillelegungsbeschluss betroffene Region nachdenken solle. Dieser Arbeitskreis sei kein Beschlußorgan.

Des weiteren machte Einert darauf aufmerksam, das Land NRW habe mit der Einrichtung des Zwischenlagers in Ahaus seinen pflichtgemäßen Anteil an der Entsorgung von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik geleistet. Man sehe im Lande keine Veran-

lassung, andere, die ihrer Entsorgungspflicht nicht nachkämen, aus der Verantwortung zu entlassen. Der Minister bekräftigte in der Fragestunde die Entschlossenheit der Landesregierung, an ihrer Abkehrpolitik von der Wiederaufarbeitung festzuhalten.



Vom sauren Walde, da komm' ich her.

Zeichnung: Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Haushalt

Der Landtag hat vor Beginn der Weihnachtspause das Haushalts- sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. (Seiten 3 und 6)

Grundsätze

Die zweite Regionalkonferenz des Europäischen Parlaments war ein Erfolg, weil u. a. einige wichtige Papiere mit aus deutscher Sicht maßgeblichen Grundsätzen verabschiedet werden konnten. (Seite 8)

Reintegration

Eine Delegation des Landtags hat sich in Skopje über erste Erfahrungen mit dem Reintegrationsprogramm für Roma informiert. (Seite 9)

Schulwesen

Um Struktur, Ökonomie und Sanierung des Schulwesens im Land wurde bei einer Sondersitzung zum Kienbaum-Gutachten auf Antrag von CDU und F.D.P. gerungen. (Seite 11)

Europa

Das Europa der Regionen ist eine Zielvorstellung, die nicht in einem Schritt erreicht werden kann. (Seite 12)

Arbeitsgruppe

Die Schule soll sich verstärkt dem interkulturellen Lernen öffnen. Einen Einblick in solche Pläne nahm die Arbeitsgruppe Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher. (Seite 16)

WORT UND WIDERWORT

Spielsucht rangiert weit vorne unter Suchtproblemen

Von
Dr. Wilhelm Vollmann

Spielleidenschaft – oder Besessenheit: Kunst und Literatur kennen diese Seite des Menschen und haben sie in all ihren Tiefen und tragischen Konsequenzen oft genug beschrieben und ausgelotet. Wer kennt nicht die Begriffe „Spielernatur“ und „Haus und Hof verspielen“? Wer wüßte nicht, das nicht nur die Spieler selbst, sondern ganze Familien an Leib und Seele Opfer werden können und oft genug geworden sind?

Es kann eigentlich nur verwundern, daß man heute noch darüber streitet, ob Spielsucht eine „Krankheit“ ist. Zeigt doch selbst der tragische Roulettespieler der Literatur, der ein Vermögen verspielt und sich und seine Familie ruiniert, alle wesentlichen Merkmale einer Sucht oder Abhängigkeit. Spielleidenschaft und -besessenheit waren lange Zeit assoziiert mit Randbereichen der Gesellschaft: Heruntergekommene Bourgeoisie, Halbwelt, Casino, Mafia, Zuhältermilieu, Zocken usw.

Im Zeitalter der Spielautomaten ist Spielsucht längst zu einem Massenphänomen geworden. Allein in der Bundesrepublik Deutschland gibt es Tausende von Menschen, die darunter unmittelbar zu leiden haben – Tausende von Angehörigen, die mitbetroffen sind.

SPD: Behandlungsbedürftige psychische Störungen

In der wissenschaftlichen Welt ist seit Jahrzehnten völlig unbestritten, daß Spielsucht eine massive psychische Störung oder Fehlentwicklung mit evidenter Behandlungsbedürftigkeit ist. Die Zwanghaftigkeit der Spielsucht unterscheidet sich in nichts von der des Alkoholismus oder der Drogenabhängigkeit. Sie stürzt oft genug die Menschen in die gleichen seelischen und körperlichen Katastrophen mit all den bekannten Effekten der sozialen und psychischen Verwahrlosung. Spielsucht kann und muß als psychische Störung anerkannt werden, damit den von diesem Schicksal Geschlagenen endlich die Hilfe und Unterstützung geboten werden kann, die sie benötigen. Angesichts der Identität von Folgen und Symptomen bei Drogenabhängigkeit und Spielsucht müssen die Kostenträger des Sozial- und Gesundheitswesens endlich zur Kenntnis nehmen, daß Spielsucht in den Katalog der behandlungsbedürftigen psychischen Störungen aufgenommen ist. Es ist unvertretbar, kranke Menschen und ihre mitbetroffenen Angehörigen achselzuckend ihrem Schicksal zu überlassen, weil diese angeblich an ihrem Elend selbst schuld sind.

Von
Hermann-Josef Arentz

„Spielrausch: Stärker als die Liebe“ – so überschrieb der „Spiegel“ 1988 eine Titelgeschichte zur Spielsucht. Mit der Vermehrung der Spielhallen zu Beginn der 80er Jahre ist die Spielsucht zu einem großen sozialen Problem geworden. Mindestens 200 000 Menschen leiden bundesweit an dieser Sucht. Zwar macht Spielen, anders als Alkohol und Drogen, nicht körperlich abhängig. Dennoch rangiert die Spielsucht weit vorne unter den Suchtproblemen. Zu Recht beabsichtigt deshalb auch die Weltgesundheitsorganisation, pathologisches Spielverhalten als Krankheit anzuerkennen.

Wie verheerend Spielsucht auf den einzelnen wirkt, zeigt die von der Bundesregierung veranlaßte Studie „Glücksspieler in Selbsthilfegruppen“. Die Spielschulden der erfaßten Personen betragen im Mittel rund 28 000 Mark. 15,5 Prozent der Betroffenen hatten Spielschulden von mehr als 50 000 Mark. 54,5 Prozent der befragten

CDU: Regierungsmaßnahmen gegen Spielsucht nötig

Glücksspieler aus den Selbsthilfegruppen haben sich nach eigenen Angaben Geld zum Spielen auf illegale Weise beschafft. Das zeigt: Spielsucht führt ähnlich wie Drogenabhängigkeit in vielen Fällen direkt in die Kriminalität.

Vor diesem Hintergrund ist die Tatenlosigkeit der NRW-Landesregierung nicht länger hinnehmbar. Die CDU hält deutlich höhere Steuern für kriegs- und gewaltverherrlichende Automaten für ebenso notwendig wie eine deutliche Unterstützung der Selbsthilfegruppen von Glücksspielern. Diese Gruppen arbeiten in der Regel mit großem Erfolg. Antworten der Landesregierung wie zuletzt die vom 16. September 1991 auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Vesper, man habe seit 1984 überhaupt keine Zahlen über die Betroffenen im Lande, zeigen eine völlige Vernachlässigung der Gefahren, die für den einzelnen und die Gesellschaft insgesamt von der Spielsucht ausgehen.

Von
Hans-Joachim Kuhl

Was ist eine Sucht? Schaut man ins Lexikon, dann heißt es da: (zunehmend sich steigendes) Verlangen nach Stoffen, die körperliches Wohlbefinden auslösen, von Hemmungen, Ängsten und Belastung befreien und subjektiv höhere Leistungsfähigkeit bewirken.

So gesehen gibt es eine Spielsucht, eine Zigarettensucht, eine Schokoladensucht, eine Geltungssucht, eine Fernsehsucht und eine Sucht nach Sucht. So gesehen kann jedes menschliche Tun zur Sucht werden.

All das, was über das Normale hinausgeht, wäre abnorm und damit krank. Und da man bekanntermaßen von Sucht und Krankheit gut leben kann, gibt es natürlich zahllose Wissenschaftler oder solche, die sich dafür halten, die solche Sucht beschreiben, die Krankheiten diagnostizieren und Therapien verschreiben. Daß man damit einen ganzen Berufsstand diskreditiert, daß man Hersteller, Aufsteller von Spielautomaten, Spielhallenbesitzer mit Begriffen wie Spielhöhlen oder Groschengräber dämonisiert, kommt nicht von ungefähr. Kommt doch der Begriff „Sucht“ aus dem Germanischen, der eine Krankheit beschrieb, in der ein böser Geist in den Körper eingefahren war und

F.D.P.: Unehrliche Diskussion

der wieder ausgetrieben werden mußte. Mit dieser dämonisierenden Grundanschauung kann man den Bannfluch gegen all das richten, was einen stört. Und nichts scheint für moderne Zeitgenossen interessanter zu sein, als andere von einer vermeintlichen Sucht zu befreien.

Zur Freiheit des Menschen gehört es auch, Dinge zu tun, die ihm keinen Erfolg bringen. Der Mensch hat sogar die Freiheit, sich selbst zu ruinieren. Der eine verschuldet sich für den Konsum, der andere verspekuliert sich, der nächste verspielt sein Geld. Was mich in der ganzen Situation stört, ist die Unehrlichkeit und Schizophrenie in der Beurteilung, was Spielsucht eigentlich ist. Wenn Menschen in den staatlich konzessionierten Spielkasinos spielen und vielleicht sogar ihr ganzes Hab und Gut einsetzen, dann geht das in Ordnung, weil der Staat Nutznießer ist. Profitieren jedoch Private davon, dann ist es ein gesellschaftliches Problem, dessen man sich wiederum staatlicherseits annehmen muß. Mit Logik oder dem Selbstbestimmungsrecht des Menschen hat das schon lange nichts mehr zu tun.

Von
Daniel Kreutz

Spätestens seit die Fernsehstation den Leidensweg von „Hubertchen“ aus der Lindenstraße verfolgen konnte, der drauf und dran war, sich und Frau „Röschen“ mit Geldspielautomaten um Kopf und Kragen zu bringen, sollte klar sein, daß die Not der Spielsüchtigen nicht mit den bequemen „Selber schuld!“ abgetan werden kann. Für die Betroffenen wäre die Anerkennung der Spielsucht als eigenständige Krankheit eine unschätzbare Verbesserung. Der „Arbeitskreis Glücksspiel“, ein Zusammenschluß von Suchttherapeutinnen und -therapeuten, Ärztinnen und Ärzten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, hat diese Forderung kürzlich völlig zu Recht bekräftigt. Alle bisherigen Maßnahmen, etwa zur Eindämmung der Spielhallenflut, haben sich als wenig wirksam erwiesen. Neben der Anerkennung als Krankheit fordern die Expertinnen und Experten ausreichende Beratungs- und Behandlungsangebote und ein Werbeverbot für Glücksspiele mit hohem Suchtpotential, wie

DIE GRÜNEN: Not kann nicht abgetan werden

Geldspielautomaten, Pferdewetten, Roulette und Black Jack.

Die verstärkte soziale Ungleichheit und die Auflösung sozialer Strukturen als Folge kapitalistischer Modernisierungsprozesse verstärken die entsprechenden Symptome. Ob die Politik bereit ist, nicht nur an den Symptomen der Krankheit zu laborieren, sondern auch die gesellschaftlichen Ursachen in den Blick zu nehmen, muß angesichts des Filzes von organisiertem Glücksspiel und Politik bezweifelt werden. Schließlich verdient nicht nur die private Glücksspielbranche am Geschäft mit der Hoffnungslosigkeit. Über Lottogesellschaften und staatliche Spielbanken sitzen die öffentlichen Kassen in der ersten Reihe der Absahner.

Nach Angaben von Finanzminister Schleißer beträgt allein die Spielbankenabgabe in NRW in diesem Jahr 132 Millionen Mark, wovon die Landesbanken 61,5 Millionen Mark als Nettogewinn einstreicht.

CDU: Konsequente Asylpolitik würde Kosten von 320 Millionen Mark ersparen

Minister: Das Land ist weiterhin das soziale Gewissen der Bundesrepublik

Den Beginn der zweiten Lesung des Landeshaushalts für das Jahr 1992 am 11. Dezember nutzte die Opposition zu einer scharfen Auseinandersetzung mit der Landesregierung in Fragen der Asyl-, Sozial-, Familien- und Jugendpolitik. Die Debatte über den Etat des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales begann mit einer Kontroverse über das Reintegrationsprogramm für die aus Jugoslawien eingereisten Roma. — Gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN wurde der Einzelplan 07 mit der Mehrheit der SPD-Fraktion angenommen, Änderungsanträge von CDU und Grünen wurden abgelehnt.

Herbert Reul (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erklärte: „Je länger die Roma und Sinti hier in Nordrhein-Westfalen bleiben, desto weniger werden die Probleme gelöst werden können.“ Der Minister für besondere Aufgaben, Clement, befand sich im „Schwitzkasten“ der Roma- und Sinti-Frage. Denn das Roma- und Sinti-Problem sei ein Asylproblem, und Clement sei damit gescheitert, es als Flüchtlingsproblem zu verkaufen. Das Reintegrationsprogramm habe nichts erreicht. Statt einer Integration sei in den Slumgebieten soziale Ungerechtigkeit und Sozialneid geschaffen. Reul hielt Clement vor, er sei nur an einem reibungslosen Politmarketing interessiert. Der CDU-Politiker forderte konsequente Asylpolitik und Einsparung von 320 Millionen Mark.

Mark selbst aufgrund der Anträge der SPD-Fraktion im Fachausschuß lediglich 19 Millionen Mark hin- und herbewegt worden, also nicht einmal 0,3 Prozent. Das heiße, von 1000 Mark, die das Ministerium ausgabe, würden gerade drei Mark von der Mehrheitsfraktion noch bewegt.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) hielt als Botschaft der Grünen entgegen: „Es ist Geld da, Reformpolitik ist machbar.“ Nach eigener Analyse hätten sie einen sozial-ökologischen Reformhaushalt gestaltet. Gegen Erwerbslosigkeit und Armut müßten neue Wege gegangen werden, gerade auch im Hinblick auf den Osten, da dort Anregungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskatastrophe erwartet würden. Bei der Asylpolitik

Hermann-Josef Arentz (CDU) erwiderte, nachdem der amtierende Vizepräsident eine Schlußbemerkung von Clement gerügt hatte, mit einem abwertenden Zitat über Vorlagen aus dem Arbeitsministerium. Das schlecht geführte Ressort sei von Willkür und sozialer Härte gekennzeichnet. Auch die CDU bejahe Flüchtlingshilfe vor Ort, lehne aber Belohnung illegaler Einwanderer ab. Wenn diese Politik fortgesetzt werde, entstehe eine Sogwirkung nach NRW, man werde der Asylprobleme nicht mehr Herr. Besser sei Verzicht auf etwas Reichtum, damit in Osteuropa Demokratie nicht mit Hunger und Armut gleichgesetzt werde.

Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) sah in dem Haushalt seines Ministeriums den Beweis, „daß Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland ist“. Als beispielhaft nannte er die Leistungen in der Altenhilfe, für die Krankenhäuser und bei der Ausstattung mit Großgeräten. Er kritisierte die Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und monierte, daß das Land nicht bei jeder Maßnahme des „Abbruchunternehmers Norbert Blüm“ einspringen könne. Das Land verfüge in allen Leistungsbereichen über eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur. Während das Land seiner Verantwort-



Der Etat des Sozialministers im Brennpunkt der Argumente (v.l.): Herbert Reul (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) und Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD).
Fotos: Schüler

Wolfram Kuschke (SPD) hielt dagegen, die Bundesregierung habe es in fast zehn Jahren Regierungszeit versäumt und nicht geschafft, eine vernünftige Asyl- und Ausländerpolitik auf den Weg zu bringen. Entsetzt zeigte sich der Abgeordnete darüber, daß sich die CDU jetzt noch einmal von der Politik der Landesregierung in den Feldern, in denen sie diese in Jugoslawien betrieben habe, distanzieren. Die Landesregierung habe in diesem Punkt ein volles Lob von der Bundesregierung erhalten. Zum eigentlichen Einzelplan 07 sagte Kuschke, nach vieljähriger Diskussion dulde die Reform der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit keinen Aufschub mehr.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) kritisierte, das Haushaltsrecht sei das wichtigste Recht eines Parlaments. Aber fast die Hälfte dieses Hauses sei von jeder ernsthaften Mitwirkung am Haushalt ausgeschlossen. Die politische Kultur in NRW sei auch in diesem Punkt auf einem absoluten Tiefstand angekommen. Im Einzelplan 07 seien bei einem Haushaltsvolumen von fast 6,4 Milliarden

trage die Regierung zu feindlicher Stimmung bei und spitze Probleme zu. Menschenwürdig sei integrationsfördernde Unterbringung. Auch bei der Altenpolitik sei ein neuer Ansatz nötig. Mehr Einrichtungen der Tagespflege müßten dem Vorrang der ambulanten Versorgung gelten.

Minister Wolfgang Clement (SPD) bezog sich auf die Ausführungen des CDU-Generalsekretärs Reul zur Flüchtlingspolitik und zitierte aus positiven Stellungnahmen des Bundesinnenministers und des Bonner Entwicklungshilfeministers zum Projekt Skopje von NRW. Er wolle ernsthaft mit allen Fraktionen weiter darüber sprechen, die CDU möge jedoch einen anderen als Reul dafür benennen.

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, als Herausgeberin sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein glückliches Jahr 1992.

tung nachkomme, könne man dies vom Bund nicht sagen.

Jürgen Büssow (SPD) wies auf die Not der in Sutka lebenden Menschen hin und bezeichnete ihre Etikettierung als „Wirtschaftsflüchtlinge“ durch die CDU als „Angriff auf christliche und ethische Werte“. Das NRW-Projekt in Mazedonien sei als Anregung für andere Länder gedacht, es zu unterstützen. Die Not dort unten sei so groß, daß dringend gemeinsam geholfen werden müsse; „Stimmungsmache“ dagegen wäre der Zustimmung für diese Hilfe unter den Menschen in NRW abträglich. Als wichtigste Voraussetzung für die Unterstützung Mazedoniens nannte Büssow die Anerkennung des Landes durch den Bund; dafür sollte sich die CDU einsetzen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) bezeichnete die Sutka-Hilfe als „Schauprojekt“, das keine Lösung biete, sondern eher Anreiz für andere Menschen in ähnlich schlechten Lebensumständen sei, hierherzukommen. Wenn das Projekt in Sutka erfolgreich sei, Bitte umblättern

dann müsse in der Konsequenz jedem Bürger Mazedoniens ein solches Haus hingestellt werden, das aber überschreite bei weitem die finanzielle Leistungskraft des Landes. Sutka sei nur dazu da, eine Schwäche der Landesregierung zu überdecken: Für 1000 Roma werde etwas getan, aber „bis heute ist wegen der übrigen 2500 Roma noch nichts geschehen“. Das heiße, Sand in die Augen der Bevölkerung zu streuen.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) wandte sich der Frauenpolitik und Frauenförderung zu und kritisierte den unverhältnismäßig kleinen Anteil der Mittel, die von der Regierung direkt für frauenfördernde Maßnahmen ausgegeben werden. Hinzu komme, daß der Anteil des Etats der Gleichstellungsministerin am Gesamthaushalt verschwindend gering sei. Sie forderte die quotierte Vergabe von beschäftigungsfördernden Maßnahmen zugunsten von Frauen und Mädchen.

Heinrich Meyers (CDU) berichtete von Zweifeln an der Richtigkeit des Rückkehrprogramms für die Roma aus NRW; es sei in der politischen Bewertung schlicht falsch. Die Rückkehrer seien gegenüber den Daheimgebliebenen privilegiert, das baue Neid auf. Statt dessen forderte er eine Politik, die Hilfe zur Selbsthilfe zum Ziel habe. Wen die CDU zu dem von Clement angebotenen Gespräch entsende, das müsse ihr überlassen bleiben.

Brigitte Speth (SPD) wies die Rechnung von Marianne Hürten zurück: Es sei nicht nur zu saldieren, was ausdrücklich Frauen zugute komme, denn es gebe auch vieles, was auch Frauen nutze; Frauen profitierten außerdem vom kompletten Kindergarten- und Kindertagesstättenbereich, „der ungeheuer viel Geld kostet“. Frauenpolitik sei und bleibe Querschnittsaufgabe, aber das werde von manchen im Parlament offenbar nicht verstanden.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN), Parlamentarischer Geschäftsführer, meinte zum Geburtsfehler des Reintegrationsprogramms, dieser liege darin, daß dieses Programm aus einer Not heraus geboren worden sei, weil nämlich der Innenminister den Bettelmarsch von 5000 Roma im Januar 1990 mit dem Versprechen zum Abbruch gebracht habe, daß diesen Roma ein Bleiberecht in Aussicht gestellt worden sei. Weil die Landesregierung dieses Versprechen nicht halten wollen, sei dieses Programm überhaupt ins Leben gerufen worden.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) sagte zum Etat 07, die ganze Diskussion, die im Hinter-

grund der Frage der Pflegeversicherung geführt worden sei, habe nachdrücklich erhellt, daß der tatsächliche Bedarf für eine menschenwürdige Altenpolitik und eine entsprechende bedarfsgerechte Ausstattung mit stationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen, entsprechenden Ausstattungen zur Unterstützung der pflegenden Familien dermaßen groß sei, daß von einer annähernd zufriedenstellenden Situation überhaupt noch keine Rede sein könne.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) betonte zu dem Vorbehalt von CDU und Grünen, er habe den Roma ein Bleiberecht versprochen gehabt, und dies sei in der Landesregierung nicht durchsetzbar gewesen: „Dies ist falsch.“ Wenn er den Roma etwas versprochen gehabt hätte, was mit ihrer Existenz hier zu tun habe, und hätte er ein solches Versprechen gebrochen, wäre er am nächsten Tag nicht im Amt geblieben.

Kinder, Jugend und Familie

Antonius Rösenberg (CDU) betonte, die Familie sei intakt. Familie und Kinder hätten einen hohen Stellenwert, dem Krisengerede sei durch eine anerkannte Studie der Boden entzogen. Die Steigerung beim Landesjugendplan seit 1965 betrage 0,2 Prozent, bei der Staatskanzlei dagegen 112 Prozent. Zwar sei im Ausschuß gegen hohe Kürzungen gekämpft worden, aber es dürfe nicht zur Strategie werden, daß die Regierung im Haushalt kürze und die SPD-Fraktion sich für großartige Leistungen feiern lasse. Auch die Mittel für Jugend- und Sozialarbeit in Brandenburg dürften nicht gekürzt werden. Im Vergleich zur dortigen Situation seien die NRW-Landeshilfen wie Vergolden von Türen. Rösenberg forderte den Minister auf, klipp und klar über ein neues Jugendhilfegesetz des Landes Auskunft zu geben.

Heinz Hilgers (SPD) hielt 150 Millionen Mark für 4000 neue Kinderbetreuungsplätze für einen entscheidenden Schwerpunkt im Haushalt '92. Jeder Antrag auf einen neuen Kindergarten könne bewilligt werden, das sei einmalig in der deutschen Geschichte. Bei Familien- und Jugendhilfe als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe sei die bessere Entscheidung vor Ort angebracht. Bei den Kindergärten dürften sich die Träger nicht verweigern. Kommunen und Kirchen müßten mitziehen. Im übrigen gebe es mehr und neue Probleme durch Alleinerziehende. Der wichtigste Beitrag des Landes zum Leben mit Kindern sei der Ausbau der Tagesbetreuung.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) wies auf Unterschiede zwischen angekündigten Kindergartenplätzen und der Praxis hin. Ab Januar 1992 würden sich Eltern über höhere Kosten wundern und müßten Kommunen Personal einstellen, um Elterneinkommen zu überprüfen. Das sei unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand. Auch Erzieherinnen müßten die neue Gesetzgebung ausbaden. Insgesamt fehle das Kindeswohl als politischer Ansatz. Bei den Beratungsstellen trete sie für Professionalisierung ein. Bei der Jugendhilfe sei weitere Landesgesetzgebung unbedingt erforderlich.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) bemängelte, die geringen Haushaltsansätze reichten nicht einmal zum Ausgleich der Tarifierhöhungen für Mitarbeiter der Jugendhilfe. Solange das Ausführungsgesetz fehle, würden die Kommunen auf Kosten der Jugendlichen kürzen. Bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen bis 1995 sei Skepsis angebracht.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) räumte größere Schwierigkeiten bei knapperen Mitteln für Sozialpolitik ein. Hohe Ansprüche an die Erziehung müßten bei zunehmender Berufstätigkeit von Müttern gestellt werden. Aufgrund der neuen Lage bahne sich zukunftsweisende Zusammenarbeit zwischen freien Trägern und Betrieben an. Die Kommunen als Zahlmeister zu bezeichnen, sei Blödsinn. Auf den finanziellen Kraftakt des Landes für Tagesbetreuung von Kindern sei er stolz. Bei der Jugendhilfe bleibe die Substanz erhalten. Zufluchtsstätten vor Gewalt gegen Kinder sollten zu einem Netzwerk verknüpft werden.

Otti Hüls (CDU) bekundete Erstaunen, wie die SPD trotz Finanznot und Verschuldung immer wieder über Geld für ideologische Lieblingskinder verfüge. Jahrelang habe die CDU mehr für Kinderbetreuung gefordert. 1990 sei der Bedarf zugegeben worden, 100 000 neue Plätze versprochen worden. Nach Vorlage des Gesetzes sei ein Aufschrei des Entsetzens durch das Land gegangen. Nach der Anhörung sei das Schlimmste verhindert worden. Das Einzugsverfahren für die Elternbeiträge gehöre in den Papierkorb. Die CDU trete für zwei Modellprojekte zur Tagespflege ein. Der Entwurf zu einer Konzeption werde begrüßt. Mindestens zwei pädagogische Kräfte pro Gruppe seien festzuschreiben. Bei Familien würden Milliarden für Reparaturen, aber wenig für Prophylaxe ausgegeben.

Fortsetzung nächste Seite



Ringeln um die Lösung der Probleme der überfüllten Hochschulen des Landes (v.l.): Professor Dr. Horst Posdorf (CDU), Rudolf Apostel (SPD), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) und Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD).
Fotos: Schüler

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) meinte, die Kirchen hätten genug Geld und könnten ihre Beratung selbst finanzieren. Dort suchten die Frauen Zugang zur Stiftung Mutter und Kind. Viermal mehr Frauen suchten echte Beratung bei „pro familia“, diese sollte mehr unterstützt werden. Die Landesgelder für den Schutz von Mädchen vor Gewalt würden falsch eingesetzt. Für weibliche Opfer werde fast nichts aufgewendet, Organisationen für männliche Täter gebe es fast flächendeckend.

Minister Hermann Heinemann (SPD) rechtfertigte das Kindergartengesetz als vernünftig und wies auf die Beitragsbefreiung für Eltern mit geringen Einkommen hin. Anders als die CDU trete er aber für weniger Subvention von Gutverdienern ein.

Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (SPD) sagte zum Problembereich Gewalt gegen Mädchen, das Arbeitsministerium und ihr Ministerium hätten seit langer Zeit ein Konzept für den Aufbau und die Finanzierung von Mädchenhäusern entwickelt.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) stellte klar, die F.D.P. sei für Frauenpolitik, aber nicht so, wie sie die SPD hier im Lande betreibe. Ein Frauenförderungsgesetz könne doch nicht die Situation von Frauen verbessern, indem man nach Quote Frauen fördere.

Heinz Hilgers (SPD) wies die Behauptung der Grünen, daß die Mittel, die der Kinderschutzbund in NRW für seine wertvolle Arbeit in den Kinderschutzzentren erhalte, fehlgeleitet seien, „mit Empörung“ zurück. Im übrigen sei auch das Problem des sexuellen Mißbrauchs nicht nur ein feministisches Problem.

Wissenschaft und Forschung

Die schwierige Lage an den Hochschulen des Landes und die Frage, wie einer weiteren Verschärfung entgegengesteuert werden kann, bildete den Hintergrund der Plenardebatte über den Einzelplan 06 (Ministerium für Wissenschaft und Forschung). Die drei Änderungsanträge der Grünen, Frauenbeauftragte, Stellenbesetzung und Studentenwerke betreffend, wurden abgelehnt, der Etat angenommen.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) stellte sich angesichts der Überfüllung vor: „Es ist Semester, und alle gehen hin.“ Dann fänden die Studierenden eine Reihe von Defiziten vor, die dringend einer Beseitigung bedürften, und eine Landesregierung, die vor den Problemen einer Massenhochschule „wegtauche“. Sie senke sogar die Realausgaben pro Student und fahre die Investitionen bis 1995 zurück. Die Regierung sei nicht in der Lage, die Probleme zu lösen; um das zu vermeiden, werfe sie Nebelkerzen und eröffne Nebenkriegsschauplätze. Trotz dieser Regierung leisteten die Hochschulen in Forschung und Lehre Beachtliches, es frage sich nur, wie lange es noch dauere, bis es „zum großen Knall kommt“.

Rudolf Apostel (SPD) reklamierte, statt „praller“ Polemik die wirklichen Ursachen und Fakten sowie mögliche Lösungsansätze zum Gegenstand der Beratung zu machen. Die Überfüllung der Hochschulen sei ein allgemeines Problem und nicht eines dieses Landes und schon gar nicht eines dieser Regierung. Der ständige Ruf nach mehr Geld, Personal und Gebäuden nutze nichts,



„Wir sind heute in der Lage, diese Welt nun wieder ‚wohnlischer‘ zu gestalten“, stellte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in ihrer Begrüßungsansprache fest, als sie führende Repräsentanten der Versammlung der Gemeinden Polens empfing. Der Präsident des Lubliner Gemeinde-Provinziallandtags, Norbert Wojciechowski, und seine Vertreterin im Amt, Zyta Gilowska, besuchten am 9. und 10. Dezember 1991 den Landtag, um hier Gespräche über Kooperation und Hilfen mit führenden Vertretern der Landesregierung und der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu führen. Die Präsidentin hatte zur Einleitung der zweitägigen Gespräche auch darauf hingewiesen, daß der Wirtschaftsaustausch mit Polen sich alles in allem außerordentlich erfreulich entwickelt habe. Sie wies u. a. darauf hin, daß es nicht nur Steigerungen des Exports von Nordrhein-Westfalen nach Polen in Höhe von 100 Prozent gegeben habe, sondern daß auch Steigerungen des Imports aus Polen sich in ähnlicher Höhe bewegten. Auch auf anderen Gebieten gebe es inzwischen gut funktionierende Verbindungen. Sie erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zusammenarbeit mit der Universität Lublin, die an dem europäischen Projekt zur Lehrerausbildung beteiligt sei, mit dem Ziel, Pädagogen vom Ural bis zum Atlantik einsetzbar zu machen. In dem Gespräch mit Staatssekretär Dr. H.-H. Bentrup vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft ging es in erster Linie um Fragen der Sanierung von Umweltschäden und der Einrichtung von Kläranlagen. Wirtschaftliche Kooperationsmodelle standen im Mittelpunkt des Gesprächs mit Staatssekretär Hartmut Krebs vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, und Fragen deutscher Investitionstätigkeit in Südost-Polen waren Gegenstand der Erörterung mit dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf, Gerd Wieneke, und dem Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf und Leiter der Abteilung Außenwirtschaft, Joachim Wischermann. Das Bild zeigt v.l.: CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, Frau Gilowska, Dolmetscher, Frau Friebe, Norbert Wojciechowski und Persönliche Referentin Annelene Bruckmann.

„wenn wir uns nicht strukturell-inhaltlich den Problemen öffnen“. Auch ein hundertprozentiger Numerus clausus wäre nicht in der Lage, die Überfüllung aus der Welt zu schaffen. Was not tue sei vor allem, die Erfolge der Lehre zu verbessern, die Abschlüsse zu erhöhen und die Studiendauer zu verkürzen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) wies das Argument zurück, in den anderen elf alten Bundesländern sei die Lage der Hochschulen genauso katastrophal — das sei um so schlimmer, weil dann offenbar „Wissenschaft und Forschung nirgendwo in der Bundesrepublik Deutschland den Stellenwert erhalten, der ihnen eigentlich gebührt“. Da stelle sich für ihn die Frage, ob der Föderalismus noch zu halten sei. Neue Ideen seien sicherlich gut, aber ohne mehr Geld und zusätzliche Planstellen funktionierten sie auch nicht. Man brauche eine neue Diskussion über die Hochschulen, und das Land müsse endlich seine Prioritäten anders setzen.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) fragte nach der Verantwortung für die Misere: Habe die hochschulpolitische Planung versagt oder sei das Ganze Schuld der Studenten, wie Landesregierung und Mehrheitsfraktion zu behaupten nicht müde würden. Wenn die Studierenden zu lange an den Hochschulen blieben, dann nicht, weil sie dumm und faul seien, sondern weil die materiellen Bedingungen nicht stimmten. Und dennoch wundere es ihn, daß sich unter den Studierenden nicht massiver Protest rege. Man müsse davon abkommen, daß der Finanzminister, der nichts davon verstehe, die Bemühungen der finanzautonomen Hochschulen um einen effektiven Einsatz ihrer Mittel konterkarriere.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) betonte die Wichtigkeit von Bildung für die Gesellschaft: Mehr und mehr würden bei den Standortfaktoren die Roh- und Grundstoffe durch den „Grundstoff Qualifikation“ ersetzt. Die Qualifizierungschance

müsse auch künftigen Generationen offengehalten werden. Sie wies auf die im Vergleich zum Gesamtetat überdurchschnittliche nominale Steigerung des Wissenschaftshaushaltes hin und machte auf Restriktionen beim Ausbau aufmerksam, die durch die Vereinigungskosten bedingt seien. Wenn die Opposition sich bemühen würde, zu einem besseren Finanzausgleich zu kommen, dann könnte man in den Kernbereichen deutlich zulegen.

Manfred Kuhmichel (CDU) sah es als notwendig an, angesichts der durch die Hochschulen geschleusten Massen über den Wert eines akademischen Examins nachzudenken. Viele gelangen nach einem allzu leichtgemachten Abitur an die Hochschule, wo sie sich von Prüfung zu Prüfung schleppen, um dann doch aufzugeben.

Karl Schultheis (SPD) sagte, es gelte Strategien zu entwickeln und Lösungsvorschläge zu machen. Kernpunkt aber sei, daß die Bundesländer aufgrund der Bonner Finanzpolitik nicht mehr in der Lage seien, im Wissenschaftshaushalt „draufzulegen“.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) machte auf die Lage der Frauen an den Hochschulen aufmerksam, die sei „erschreckend“. Offenbar funktioniere das Frauenförderungsgesetz an den Hochschulen überhaupt nicht.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) regte an, das Wissenschaftsministerium durch unabhängige Fachleute durchleuchten zu lassen, um die erkennbaren Mängel abstellen zu können. Für eine solche Untersuchung gebe es an den Hochschulen genügend Kompetenz.

Ministerin Anke Brunn (SPD) hielt ein solches Unternehmensgutachten für den Wissenschaftsbereich nicht für sinnvoll, es gebe schließlich das „Aktionsprogramm Qualität der Lehre“. Zwar sperre man sich nicht gegen Gutachten, aber pauschale Untersuchungsaufträge nützten nichts.

Fortsetzung folgt.

Landtag verabschiedet in dritter Lesung den 74-Milliarden-Haushalt 1992

Noch einmal brechen in aller Schärfe die Gegensätze politischer Auffassungen auf

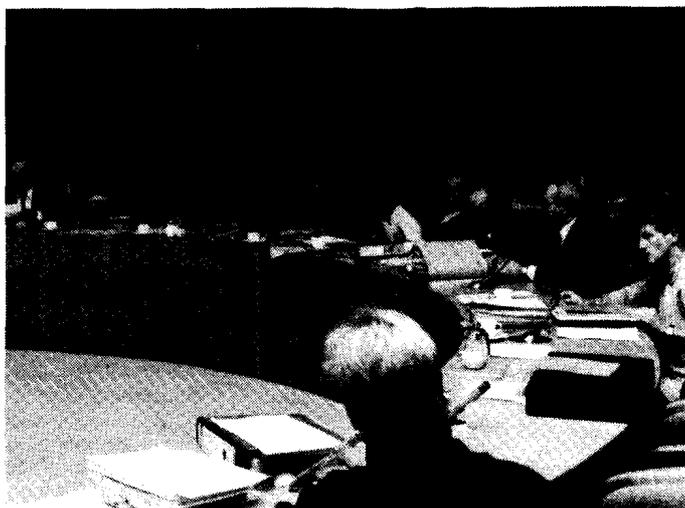
Die Oppositionsfractionen haben umfassende Kurskorrekturen in der Finanz- wie auch in der Landespolitik insgesamt gefordert. Bei der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes, des Gemeindefinanzierungsgesetzes sowie des Solidarbeitragsgesetzes 1992 am 18. Dezember (Drs. 11/2450, 2723, 2800 bis 2816 sowie 11/2452, 2791 und 2817) hielten CDU und F.D.P. der Landesregierung eine „unverantwortliche Schuldenpolitik“ und „ruinöse Überschuldung“ des Landes vor. Die Grünen bemängelten vor allem die wirtschaftsfreundliche und weniger sozial ausgerichtete Politik der SPD, die nicht auf ökologischen Umbau ausgerichtet sei. Von der SPD wurde auf die finanziellen Belastungen durch Strukturwandel und die Deutsche Einheit aufmerksam gemacht. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) verteidigte den wirtschaftspolitischen Kurs seiner Regierung, der Arbeitsplätze schaffe und sozial gerecht sei. Der Etat 1992 wurde mit der Mehrheit der SPD-Stimmen gegen CDU, F.D.P. und Grüne verabschiedet. Ein Änderungsantrag der Grünen fand keine Zustimmung. Ebenso erging es zwei F.D.P.-Entschließungsanträgen. Ein Entschließungsantrag der SPD wurde angenommen. Der Haushalt 1992 hat ein Volumen von 74 Milliarden Mark. Das sind 3,9 Prozent mehr als 1991. Die Neuverschuldung beläuft sich auf 5,4 Milliarden Mark. Das entspricht einer Steigerung um 3,6 Prozent.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, sah in NRW nach 25 Jahren SPD einen Berg gewaltiger Probleme: hohe Verschuldung, massenhafter Mißbrauch des Asylrechts, dramatische Situation an den Schulen, täglicher Verkehrsinfarkt, Gefährdung durch Verbrechen. Dies treffe zusammen mit Umbrüchen in der Welt, in Europa und Deutschland. Bei 40 Prozent Personalkosten und nur 13 Prozent der Landesmittel für Investitionen müsse die Regierung

umsteuern, sonst müsse mehr Geld für Zinsen als für Investitionen ausgegeben werden. Jedes Kind, das geboren werde, habe schon 6300 Mark Schulden. Trotz 3,6 Milliarden Mark Steuererhöhungen nach Abzug der Einheitskosten verschulde sich das Land mit 5,4 Milliarden neu. Mit einem teuren Finanzmanagement müsse das Haushalten unter Kontrolle gehalten werden. Hinter dem Düsseldorfer Finanzdesaster stecke viel SPD-Ideologie: neue Schulden, die ein Heidengeld verschlingen, Kostenexplosion beim Aachener Klinikum. Für die Wiedervereinigung bringe das Land 1992 571 Millionen Mark auf ohne die Kommunen. 1000 Beamte aus NRW in Brandenburg leisteten Wertvolles. Ähnlich wie beim Umweltschutz müsse die SPD auch ein finanzpolitisches Zukunftsbewußtsein entwickeln. Der finanzielle Ruin werde vorhergesagt, aber an der Praxis ändere sich nichts. Die Völkerwanderung von Ost nach West, fuhr Linssen fort, werde zentrales politisches Problem. Die Landesregierung vollziehe die neue Flüchtlingskonzeption des Bundes nach, aber das Reintegrationsprogramm für Roma und Sinti sei falsch. Viele Bürger fühlten sich bereits heute durch Anpassungszwänge überfordert. Asylverfahren zu beschleunigen, könne 320 Millionen Mark einsparen. Parteien seien nur Teil des Ganzen und hätten dem Gemeinwesen zu dienen. Gefälligkeitsdemokratie könnten wir uns nicht mehr leisten. Bei den steigenden Schülerzahlen müßten bis zum Jahr 2000 88 500 Lehrer eingestellt werden, um Vollversorgung zu garantieren. Das NRW-Bildungssystem sei schlecht, konfus und teuer. Das Hauptproblem des Landes sei seine Wachstumsücke, die zehn Milliarden Mark weniger im Haushalt ausmache.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, warf der CDU vor, nach 25 Jahren „unaufhaltsamem

Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit“ zeichne sie nur noch ein Zerrbild der politischen Realität des Landes. Dagegen hätten 25 Jahre Regierungsverantwortung der SPD den Strukturwandel im Lande vorgebracht. Heute sei die erfolgreiche Politik der SPD hierzulande ein vielzitiertes Vorbild für die ökonomische und ökologische Erneuerung in den neuen Bundesländern. Und bei alledem sei im Unterschied zu anderen Ländern und Regionen der Mensch nicht auf der Strecke geblieben, das sei eine politische Leistung, auf die man mit Recht stolz sein könne. Farthmann bezifferte den Strukturwandel und erinnerte an die Ausgangslage des Landes. Dieser Strukturwandel müsse sich fortsetzen, es gebe geradezu einen „Mittelstandsboom“ im Lande, der die Beschäftigungsverluste in der Großindustrie zu einem großen Teil kompensiert habe. Der Sprecher benannte die Fortschritte im Bildungs- und Sozialbereich, erwähnte den Ausbau der Forschungslandschaft und kam zu dem Schluß: „In den vergangenen 25 Jahren wurde kräftig in die Zukunft des Landes investiert.“ Wenn man wie die Opposition ständig nur auf die Schulden des Landes abstelle, dann verliere man aus dem Blick, daß der Schuldenaufnahme von 110 Milliarden in den letzten 25 Jahren das Doppelte an Investitionen, nämlich 202 Milliarden Mark, gegenüberstehe. Farthmann: „Wer die Investitionen nicht den Schulden gegenüberstellt, macht sich entweder der politischen Falschmünzerei schuldig, oder er kennt nicht die elementaren wirtschaftspolitischen Grundsätze.“ Dank der Bemühungen sei NRW wieder ein finanzstarkes Land geworden. Dennoch ruhe sich die SPD auf ihren Lorbeeren nicht aus. Dagegen der Bund: Er verbessere seine Einnahmen und verschlechtere die von Ländern und Gemeinden. Hier sollte die CDU gemeinsam mit der SPD für eine gerechtere Verteilung der steigenden Lasten sorgen. „Statt



In der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 5. Dezember beendeten die Abgeordneten die wochenlangen Schlußberatungen des Landeshaushalts 1992 vor der Verabschiedung im Plenum, linkes Bild: CDU-Fraktion (v.l.), Winfried Schnittges, Marianne Paus, Karl Wegener, Karl Meulenbergh, Franz Risop, Personal-Experte Peter Bensmann, Haushaltssprecher Hartmut Schauerte; rechtes Bild: SPD-Fraktion (v.l.): Haushaltssprecher Reinhold Trinius, Ernst Walsken, Heidi Berger, Hermann Jansen, Robert Schumacher, Lothar Niggeloh, Gisela Meyer-Schiffer; vorn v. hinten: Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN). Fotos: Schüler

dessen erleben wir ein kleinkariertes Herummäkeln an der Landesregierung“, urteilte Farthmann und hielt der CDU-Spitze vor, ihr politisches Programm seien inzwischen „Beleidigungen und Geschäftsordnungsstricks“.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, sagte, er wisse nicht genau, warum der Ministerpräsident auf dem SPD-Landesparteitag die Kandidatur zum Bundespräsidenten zurückgezogen, aufgeben oder was auch immer habe. Wer mit seinen über 110 Milliarden Mark Staatsschulden so eklatant gegen das Verbot des Bürgerlichen Gesetzbuches verstoßen habe, keine Verträge zu Lasten dritter abzuschließen, nämlich zu Lasten der nächsten Generation, sollte sich in der Tat nicht als Bundespräsident bewerben. Des Ministerpräsidenten Bilanz als größter deutscher Schuldenmacher sei verheerend: Die Schulden zu Beginn der Ära Rau: 30 Milliarden, heute 112 Milliarden Mark. Von der fast niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung unter den Bundesländern jetzt zu einer unrühmlichen Spitzenposition unter den Flächenländern. Die Zinslastquote von 10,1 Prozent. Deswegen sage man, das sei ruinöse Überschuldung trotz Wirtschaftsaufschwung. Rohde erwähnte, daß die Klassenkämpfe in NRW weniger zwischen Unternehmen und Arbeitern stattfänden als zwischen den organisierten Interessen, die Einfluß auf den Staatshaushalt genommen hätten. Der SPD hielt er vor, die Bedienung der eigenen Wählerklientel, auch dies sei eine Verfehlung, eine Verletzung der Neutralität des Staates. Der Fraktionschef unterstrich, die F.D.P. lehne den Haushalt ab, „weil wir nicht wollen, das Nordrhein-Westfalen und Rau ein und dasselbe werden“. Er rief weiterhin zur Solidarität mit den neuen Bundesländern auf. Gelder, die hier erwirtschaftet würden, müßten möglichst schnell transferiert werden, damit dort ein schneller Aufschwung stattfinde. Rohde hielt Rau ferner vor, daß die Bindung an den Montan-komplex, mit dem er 1966 an die Macht gekommen sei, die SPD als Partei von Kohle und Stahl gefangenhalte, für andere Wirtschaftskomplexe blind mache. Vor allem brauche NRW Haushaltskorrekturen mit Finanzvorrang für Bildung und Wissenschaft. Er regte an, gemeinsam für eine neue Schullandschaft, also Gymnasium und neue Praxisschule zu streiten.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN), Fraktions-sprecherin, machte deutlich, der Haushalt entspreche weder der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau noch den Sonntagsreden, die von der SPD-Fraktion und der Landesregierung hier permanent gehalten würden. „An Ihren Taten sollt ihr sie erkennen, nicht an ihren Worten.“ Taten und Worte klafften leider immer weiter auseinander. Der Haushalt sei nämlich im Gegensatz zu den ökologischen und sozialen Sonntagsreden ein hervorragender und unverzichtbarer Prüfstein, um das reale Handeln der Landesregierung öffentlich zu machen. Und dieser Haushalt spreche eine andere Sprache: Die Landesregierung konterkarriere mit ihrer unkritisch wirtschaftsfreundlichen Politik das Ziel eines sozialen und ökologischen Umbaus, den sie so gerne propagiere. Die Sprecherin unter-



Der Landtag bei den Schlußberatungen zum Haushalt 1992.

strich, nirgendwo seien die Zuwachsraten im Landeshaushalt so dramatisch wie in der Wirtschaftsförderung. Von 389 Millionen 1986 auf 1,885 Milliarden Mark im Jahr 1991 ohne Kohle und Stahl hätten sich diese Ausgaben fast verfünffacht. Aber die Bilanz der geschaffenen Arbeitsplätze sei extrem mager. Frau Höhn kritisierte ferner, daß für den Bau neuer Straßen nach 1992 weitere 757 Millionen eingeplant seien. Der ÖPNV ohne U-Bahn erhalte dagegen gerade einmal schlappe 432 Millionen Mark. Die Grünen forderten darüber hinaus Ökoabgaben. Wer umweltschädlich produziere, müsse heute zur Kasse gebeten werden. Im übrigen beklagte die Abgeordnete, es gebe keine wirksame Kontrolle der Umweltschutzbestimmungen. Der SPD hielt sie vor, deren soziales Gewissen habe sie im Haushalt vergessen. In den letzten fünf Jahren sei der Sozialetat hinter den Wachstumsraten des Gesamthaushalts zurückgeblieben. „Wir erleben also die Geschichte des sozialen Gewissens der SPD mit Rückwärtsgang“, sagte Bärbel Höhn. Armut breite sich immer stärker aus. Die sozialen Konflikte würden in der Gesellschaft immer weniger wahrgenommen. Die Grünen hätten Alternativen für einen ökologischen und sozialen Umbau des Landes vorgelegt und sich dabei exakt an den Finanzrahmen der Landesregierung gehalten. Was sei daraus geworden? Man habe alle Anträge der SPD-Mehrheitsfraktion in den Ausschüssen bloß zur Ablehnung vorgelegt.

Carla Boulboulé (fraktionslos) warf der Bundesregierung vor, sie finanziere in Ostdeutschland eine Politik zur Zerstörung der Produktion und der sozialen Grundlagen. Eine „unglaublich hohe Staatsverschuldung“ sei die Folge; von dieser Politik der Entindustrialisierung würden ganze Industrieregionen in Deutschland betroffen, in NRW seien dies Kohle und Stahl. Die Landesregierung, die vom Wähler den Auftrag habe, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu handeln, solle der Bundesregierung in den Arm fallen, die die öffentlichen Haushalte ausblute. Die sozialdemokratische Landesregierung müsse so zu einem „Orientierungspunkt“ im vereinten Deutschland werden — „für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie, gegen die Politik der sozialen Kälte der Bundesregierung“.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) vermißte zur dritten Lesung des Haushalts die Alternativen der Opposition: „Ich habe den Eindruck, die Opposition hat ihre Karten heute nicht aufgedeckt. Vielleicht hat sie ein schlechtes Spiel“, vermutete Rau und sagte der Opposition voraus, „wenn Sie weiterhin so Oppositionspolitik betreiben, und wir unsere Arbeit weiterhin so tun wie bisher, dann bin ich überzeugt, daß wir auch 1995 wieder das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen gewinnen.“ Seit 1984, dem Tiefstand der Beschäftigung, habe die Zahl der Arbeitnehmer um 751 000 zugenommen, Frauen hätten vergleichsweise besonders profitiert. Trotz der Arbeitsplatzverluste bei Kohle und Stahl gebe es im Ruhrgebiet 100 000 Beschäftigte mehr. Erstmals im Revier sei die Arbeitslosenzahl unter 200 000 gesunken, gebe es 100 000 Langzeitarbeitslose weniger als vor zwei Jahren: „Das ist doch Strategie“, betonte der Regierungschef und unterstrich die hohe Zahl der Unternehmensgründungen im Land. „Wir setzen die Politik der ökonomischen und ökologischen Erneuerung fort. Das ist zugleich eine Politik des sozialen Ausgleichs“, sagte Rau; er brauche nichts von seiner Regierungserklärung zurückzunehmen, sie werde in Schritten umgesetzt, „die hoffentlich erkennbar sind, und wird am Ende der Legislaturperiode erfüllt sein“. Für den Beginn des neuen Jahres kündigte der Ministerpräsident Regionalkonferenzen für die Räume Aachen/Heinsberg, Kamp-Lintfort, Ermscher-Lippe und das östliche Ruhrgebiet einschließlich der Stadt Ahlen an, um die Verluste durch den Wegfall der Kohleförderung durch entsprechende regionale Leistungen auszugleichen — „ich hoffe, daß der Bund dann das, was er bei den Kohleverhandlungen verbal zugesagt hat, materiell beiträgt“. Das Land fahre einen finanzpolitisch soliden Kurs, andere redeten vom Subventionsabbau, „wir machen ihn“. Nordrhein-Westfalen habe beim realen Bruttoinlandsprodukt den zweiten Platz nach Hessen. Es gebe hier keinen Mangel an Disziplin und Sparsamkeit. NRW habe auch nicht, wie immer wieder behauptet, die höchste Personalausgabenquote. Aber die Schieflage der Finanzen der Länder und Gemeinden auf der einen und dem Bund auf der anderen Seite müsse beseitigt werden. Darin stimme er mit allen Finanzministern der Länder — auch christdemokratischen — überein.

Anmerkung zur zweiten Konferenz Europäisches Parlament/Regionen der Gemeinschaft

Ein weiter Weg

Von
Heinrich A. Große-Sender

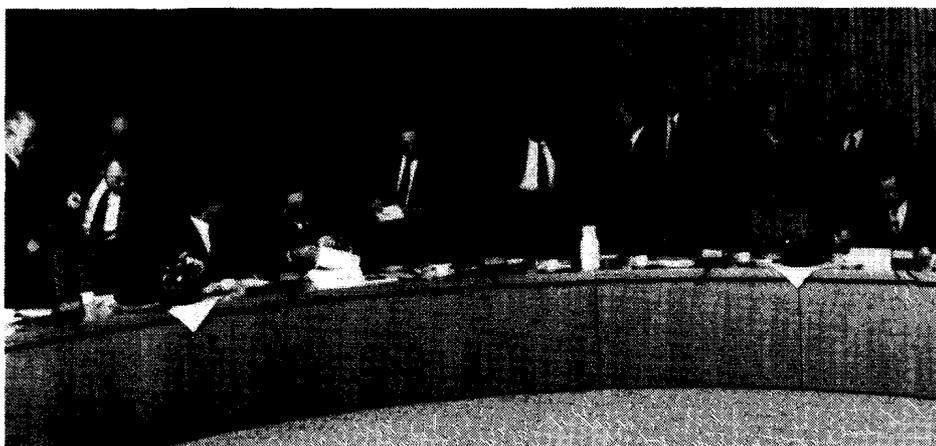
Endlich waren sie dabei, die Vertreter der deutschen Parlamente. Zum ersten Mal hatte das Europäische Parlament zu einer Regionalkonferenz eingeladen, bei der die Regionen nicht nur durch die Landesregierungen, sondern auch durch die Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente und – für Deutschland entsprechend dem Stimmenanteil – durch einen weiteren Parlamentarier vertreten wurden. Aber mit welchen Schwierigkeiten mußten die deutschen Delegationen fertig werden: Pünktlich und früh genug waren Entwürfe für Entschlüsse zum Status der Region versandt worden und jeder hatte sich intensiv mit den Papieren beschäftigt. Alleiniger Gegenstand der Beratung in Straßburg wurde aber sehr schnell ein als Tischvorlage vorgelegtes „Non-Paper“, dessen Urheber erst beim zweiten Hinsehen gemutmaßt werden konnte. Eine eilig einberufene Besprechung der deutschen Teilnehmer machte das Fehlen jeder Logistik deutlich: Nur dank der Hilfe deutscher Europaabgeordneter konnte ein Besprechungsraum beschafft werden und konnten handgeschriebene Änderungsvorschläge – zumindest für alle Teilnehmer – vervielfältigt werden. Übersetzer standen natürlich nicht zur Verfügung, was angesichts der zunächst vorgegebenen Regelung, Änderungsanträge nur zuzulassen, wenn sie in drei Hauptsprachen, also auch in englisch und französisch vorlägen, faktisch zum Ausschluß geführt hätte. Gerettet wurde die Situation nur, weil im letzten Augenblick in der Redaktionskonferenz Dolmetscher zugezogen wurden. Doch Vorsicht blieb geboten: Die in der Nacht in Luxemburg eingeholte Übersetzung (dort sitzt das Übersetzungsbüro) machte auf dem Weg über das Deutsche ins Französische und zurück in das Deutsche, aus dem insbesondere von den deutschen Vertretern eingeforderten „Selbstbefassungsrecht“ des Ausschusses der Regionen (in französisch noch „capable d'initiatives“), „Initiativ-

freude“. Erst in der Nachredaktion wurde dieser Irrtum beseitigt. Überhaupt wurden Verfahrensfragen aus der Sicht deutscher Parlamentarier oft unbefriedigend praktiziert, wobei nicht immer nur das Europäische Parlament beteiligt war. Die Begrenzung der Redezeit und die Anzahl der Redner in beiden Plenarsitzungen erscheint ja noch sinnvoll. Daß aber das Auswahlverfahren der Versammlung der Regionen Europas (ARE) überlassen wurde, war aus der deutschen Situation unbefriedigend. Dort nämlich sind nur die Landesregierungen vertreten, und entsprechend hatten sie die beiden Redner den Landesregierungen von Niedersachsen und Bayern zugestanden. Daß die nordrhein-westfälische Landtagspräsidentin dennoch reden konnte, verdankt sie nur ihrer hartnäckigen Initiative im Vorfeld, dem Mitwirken der Kollegen aus der europäischen Parlamentsverwaltung und dem freundschaftlich-kollektiven Entgegenkommen des niedersächsischen Landtagspräsidenten Horst Milde (der mangels anwesender redeberechtigter Regierungsvertreter von Niedersachsen deren Part übernehmen sollte) in Anerkennung, daß Nordrhein-Westfalen als derzeit federführendes Land in der Präsidentenkonferenz die Sprecherfunktion zukommt.

Unikate in der EG

Und da, wo es nicht paßte, ging man auch im übrigen großzügig mit den selbst gesetzten Verfahrensvorschriften um. So wurde in der letzten Sitzung vom amtierenden Präsidenten, obwohl schon im Abstimmungsverfahren, ohne Debatte noch ein Änderungsantrag der englischen Delegation zugelassen, und schnell wurde aus „pourra“ „pourrait“, zu deutsch: sind der Auffassung, daß die Verwirklichung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion die harmonische Entwicklung ... „fördern wird“ wurde zu: „fördern würde“. Kein Wunder daher, wenn manchmal der Eindruck entstand, daß mit Hilfe von Verfahrensvorschriften Inhalte beherrscht werden sollten. Aber auch bei den Inhalten hat es die deutsche parlamentarische Seite besonders

schwer. In dem vorerwähnten Abstimmungsgespräch unter den deutschen Teilnehmern wurde zwar volles Verständnis dafür aufgebracht, daß von den anwesenden Regierungsvertretern unterhalb der politischen Entscheidungsebene nicht einfach von der vorgegebenen Marschrichtung abgewichen werden durfte. Gleichzeitig machte sich aber Unmut breit, auf diese Weise unflexibel und exekutivisch gebunden zu sein, ein Konflikt, der sicher auch bei weiteren Konferenzen immer wieder durchbrechen und sich nachteilig auf die von den Parlamenten verfolgten Inhalte auswirken wird. Es sollte in der Bundesrepublik dafür ein Verfahren gefunden werden, denn Gründe, alle Anstrengungen gemeinsam zu machen, gibt es – das wurde bei der Konferenz noch einmal mehr als deutlich – genug. Die deutschen Länder sind bei dem gesamten Prozeß neben den drei Regionen in Belgien die einzigen, die nur zu verlieren haben. Sie sind Unikate in der EG, und in vielen Nationalstaaten gibt es noch nicht einmal annähernd Gebilde, die den Begriff Region ausfüllen – geschweige denn mit den Ländern der Bundesrepublik verglichen werden dürfen. Entsprechend waren für viele Teilnehmer deutsche Vorbehalte gegen die vorgelegten Papiere zumindest teilweise unverständlich: Für sie bedeuten die angedachten Möglichkeiten unendlich viel, und entsprechend positiv war ihre Grundeinstellung. Da fiel es schon auf, wenn plötzlich ein deutscher Delegationsteilnehmer (Jürgen Büssow NRW) in einer scharfen politischen Rede die Position der Bundesländer deutlich machte und sich von den Positionen der anderen Delegationen entschieden absetzte. Im Europa der moderaten Töne eine Novität, an die man sich wird gewöhnen müssen, ja, die angesichts der indifferenten bis positiven Haltung vieler Teilnehmer etwa zu dem Non-paper dringend geboten war: Die Regionen, wie die Bundesrepublik sie versteht, müssen als politischer Begriff definiert werden und sind nicht auf Zuwendungsadressaten im Rahmen von Förderungs- und Strukturprogrammen zu verkürzen. Entsprechend haben sich die deutschen Teilnehmer vehement gegen das Regelwerk der Umverteilung von Haushaltsmitteln, Strukturfonds und ähnlichem in dem vorgelegten Non-paper gewandt und – wenn auch mit Kraftanstrengung – durchgesetzt. Verschwunden sind auch die Vorstellungen des Non-papers, daß für Länder, in denen auf verfassungsmäßiger Ebene keine regionale Organisation vorgesehen ist, die Vertretung der subnationalen Instanzen im Rahmen einer Verordnung durch die europäischen Instanzen festgelegt würde. Erfolgreich waren die deutschen Ländervertreter (neben Parlamentspräsidentin Friebe und Abgeordneter Büssow vor allem die Parlamentspräsidenten Milde aus Niedersachsen und Schneider aus Baden-Württemberg sowie Starzacher aus Hessen und Vizepräsident Volkert aus Rheinland-Pfalz) auch bei der Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in der Schlußklärung. Allerdings wird die gefundene Formulierung bei dem unvoreingenommenen Leser der Ziffer 6 der Schlußklärung Fragen aufwerfen, wenn es heißt: „Fordern, daß die Gemeinschaft von heute und die Union von morgen bei der Festlegung ihrer Ziele und Zustän-



Die Direktoren der Landesparlamente, des Deutschen Bundestages sowie des Bayerischen Senats (Bild) trafen sich am 26. November 1991 zu einer Sitzung in Düsseldorf, in der es insbesondere um Fragen im Zusammenhang mit den beim Bundesverfassungsgericht anhängigen verfassungsgerichtlichen Verfahren gegen das thüringische und rheinland-pfälzische Abgeordnetengesetz ging. Man verständigte sich darauf, Stellungnahmen möglichst aufeinander abzustimmen und vereinbarte, im Januar erneut zusammenzutreffen. Zweiter von rechts der Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen, Heinrich A. Große-Sender. Foto: Schüler

Landtagsdelegation informierte sich in Skopje über Reintegrationsprogramm

120 Roma leben bereits in ihren neuen Häusern

Eine Delegation des Landtags Nordrhein-Westfalen hat sich in Skopje in Jugoslawien über erste Erfahrungen mit dem Reintegrationsprogramm für Roma der Regierungen von Makedonien und Nordrhein-Westfalen informiert.

Man sei, so der Leiter der Delegation, Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, bei einer Pressekonferenz am 3. Dezember 1991 im Landtag, mit großen Erwartungen empfangen worden. Daß am Sonntag auch der Ministerpräsident der Republik Makedonien, Dr. Kljusev, die Delegation empfing, unterstreiche die große Bedeutung, die auch die Regierung von Makedonien diesem ersten Besuch einer deutschen Parlaments-Delegation beimesse. Es sei, so Dr. Klose weiter, in allen Gesprächen Angst und Sorge spürbar, Makedonien könnte in die Kriegshandlungen mit einbezogen werden. Man sei mehrfach darum gebeten worden, auf die Bundesregierung einzuwirken, auch die Selbständigkeit Makedoniens anzuerkennen und bei einem EG-Embargo diese Republik, die die kriegerischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien verurteile, auszunehmen.

Nach dem Besuch in der Siedlung der Roma in Shutka sei seine Fraktion der Meinung, so der Delegationsleiter weiter, daß das Reintegrationsprogramm vom gedanklichen Ansatz her zu begrüßen sei. Dieses strebe an, im Herkunftsland etwas zu tun und dort die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Bürger nicht zu Wirtschaftsflüchtlingen würden. In der jetzigen Form sei das Programm keine Lösung. Es werde ohne Erfolg bleiben, wenn die Lebensbedingungen im Herkunftsland nicht insgesamt verbessert würden. Er war sich mit Jürgen Büssow, Sprecher der SPD-Fraktion, darin einig, daß die große Gefahr eines Mißerfolges dann gegeben sei, wenn nicht in Kürze für die nach Shutka zurückgeführten Roma Arbeitsplätze geschaffen würden. Auch der Sprecher der SPD hält es für unbedingt notwendig, das Programm der Reintegration zu erweitern und das soziale Umfeld mit einzubeziehen,

um Strukturen vor Ort zu verändern. Er habe es nicht für möglich gehalten, daß in Europa noch Menschen unter solch unwürdigen Umständen in völliger Armut so leben könnten, wie in den Slums Shutkas. Seine Fraktion beabsichtige, eine Gesellschaft zu gründen, um konkrete Hilfe zu leisten.

Der Abgeordnete lobte die gute Arbeit der CARITAS, die durch Schwestern des Ordens der Mutter Theresia unterstützt werden, und bescheinigte auch dem Verbindungsbüro Nordrhein-Westfalen in der Staatskanzlei außerordentlichen Einsatz und großes Engagement. Er gab die Bitte der makedonischen Regierungsvertreter weiter, endlich UN-Truppen nach Makedonien zu senden, um so der Gefahr möglichen sinnlosen Blutvergießens vorzubeugen.

Dr. Vesper, Delegationsmitglied der Fraktion DIE GRÜNEN, wies bei seinen Ausführungen darauf hin, daß das Reintegrationsprogramm noch einige Geburtsfehler aufzeige, u. a. weil es die Folgen der Abschiebung allenfalls mindere, nicht aber die Fluchtursachen bekämpfe. Man müsse deshalb den Schwerpunkt des Programms auf die verlagern, die noch nicht geflüchtet und in ihren unwürdigen Behausungen verblieben seien. Gleichwohl habe er den Eindruck gewonnen, daß die Regierung Makedoniens nicht verstanden habe, weshalb sich erneut eine Delegation der kleinsten Gruppe am unteren Ende der Gesellschaft annehme, statt sich um andere, in den Augen der Regierung Makedoniens vordringlichere Probleme zu kümmern. Um hier eine erste Hilfe zu leisten, so Dr. Vesper, dürften 30 bis 40 Millionen Mark notwendig sein, um zumindest in Shutka die Spitzen der Armut abzubauen. Er beklagte, daß die Parlamente nicht vorab mit dem Programm befaßt würden und sah nach wie vor die Gefahr, daß bei Abschiebungen mehr fähige junge Leute in die Bundesarmee eingezogen werden könnten. Seine Fraktion beabsichtige, mit den jeweiligen Landesregierungen in Hessen und Niedersachsen Kontakt aufzunehmen, um über gemeinsame Aktivitäten zusammen mit NRW in Makedonien nachzudenken.

Einig war sich die Delegation darin, daß die Mentalität der Leute vor Ort sich ändern müsse. Die Menschen müßten lernen, sich selbst zu engagieren, auch in bezug auf eine Arbeitsplatzbeschaffung.

Der Vertreter der CARITAS des Bistums Essen wies darauf hin, daß die Landesregierung auch einige Wohncontainer zur Verfügung gestellt habe für Soforthilfen aus dem Umfeld. Er sprach sich ebenfalls dafür aus, die Zielsetzung des Programms zu ändern. Jürgen Büssow gab anschließend seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Konsequenzen aus dieser „neuen“ Erkenntnis auch von der Bundesregierung, die ihre Unterstützung in Skopje zugesagt habe, mitgetragen würden. Bisher sind in Shutka 140 Roma in insgesamt 20 Häusern mit 40 Wohnungen untergebracht. Die Beteiligten gehen davon aus, daß weitere 28 Wohnungen in Kürze fertiggestellt werden und Mitte Dezember weitere zehn bis zwölf Familien bis zur Fertigstellung der Häuser übergangsweise in Containern untergebracht werden können. Die CARITAS ist überzeugt, daß rund 450 Leute nach Abschluß des Programms in Shutka eine neue Unterkunft gefunden haben werden und es mit Anschubfinanzierung möglich sein wird, auch bei der Arbeitsbeschaffung Hilfen zur Selbsthilfe zu leisten.

Weihnachtsbäume

Der Waldbauernverband Nordrhein-Westfalen hat dem Landtag drei Weihnachtsbäume zur Verfügung gestellt. Mit diesem schon zur Tradition gewordenen Brauch wollen die Waldbauern auf die Weihnachtszeit einstimmen und, wie sie zugleich im begleitenden Schreiben an die Präsidentin und die Abgeordneten des Landtags betonten, auf die Probleme des Waldes und der Waldbauern aufmerksam machen: Nur eine existenzfähige Forstwirtschaft, so der Vorsitzende des Verbands, Philipp Prinz zu Salm-Horstmar, könne den Wald und seine lebenswichtigen Funktionen, etwa als „Senke für das Treibhausgas Kohlendioxid“, auf Dauer erhalten.



Der stellvertretende Ministerpräsident der Weißrussischen Republik, M. I. Demchuk (3. v.l.), hat den Landtag besucht und ist vom 1. Vizepräsidenten des Parlaments, Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v.r.), zu einem politischen Gespräch empfangen worden (Bild links). — „Risiko Dioxin“ hieß ein Hearing, das Die Grünen am 5. Dezember im Landtag veranstalteten. Die Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“, Dr. Katrin Grüber, referierte über „Dioxinland NRW — Ein Überblick“. Ferner standen die Themen „Toxikologie von Dioxinen“, „Epidemiologische Untersuchungen“, „Dioxin-Quellen“ sowie „Minimierung von Dioxinen“ auf der Tagesordnung (Bild rechts).

Fotos: Schüler



Erste Lesung – Änderungen der Haushaltsordnung

Datenbanken für Haushalt und Personal

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (Drs. 11/2534) wurde nach der ersten Lesung am 15. November in die Ausschußberatung überwiesen. Die Sprecher von CDU und Grünen zeigten sich nicht mit allen Änderungen einverstanden. F.D.P.-Sprecher Wickel verzichtete unter „allgemeinem Beifall“ angesichts des leeren Plenarsaals am Freitagnachmittag auf eine Stellungnahme.

Minister Heinz Schleußer (SPD) begründete den Entwurf mit Änderungen des Bundesrechts bei Verschuldungsgrenze und Investitionsausgaben. Zum Überschreiten der Verfassungsgrenze sei diese definiert worden. Auch werde die Einsparverpflichtung strenger gefaßt. Geheimzuhaltende Wirtschaftspläne würden künftig einer Kontrollkommission vorgelegt.

Reinhold Trinius (SPD) begrüßte die Änderungen und hielt auch das Informationssystem für sinnvoll. Nach der geeignetsten Lösung für Verpflichtungsermächtigungen sei zu suchen.

Winfried Schittges (CDU) fand die Änderungen unbedenklich, jedoch hinsichtlich besserer Haushaltskontrolle nicht ausreichend. Im Unterausschuß Personal sei fer-

ner die Entfrachtung des Haushaltsgesetzes durchleuchtet worden. Gemeinsam sei die Übernahme einiger Bestimmungen in die Landeshaushaltsordnung beschlossen worden. Die Regierung setze das jedoch nicht um.

Rudolf Wickel (F.D.P.) verzichtete darauf, „hier in die Ausschußberatungen einzutreten“, da der „Wirkungsgrad“ im Plenarsaal gegen Null tendiere.

Dr. Manfred Busch (Die Grünen) konzentrierte seine Stellungnahme auf die Kontrolle der Geheimdienste. Mit Kritik seien die Grünen nicht allein, SPD-Politiker auf Bundesebene hielten Nachrichtendienste und Verfassungsschutz für entbehrlich. Angesichts von eklatanten Fehleinschätzungen führender Politiker, die sich auf nachrichtendienst-



Mit Steuermehreinnahmen deutlich die Neuverschuldung mindern: Finanzminister Heinz Schleußer (SPD, l.) in der von Leo Dautzenberg (CDU) geleiteten Schlußsitzung des Haushaltsausschusses zum Etat 1992 vor der zweiten Lesung im Plenum. Foto: Schüler

Grünen-Antrag zum Kraftwerksbau abgelehnt

Kohledruckvergasung vorrangig vor Kraft-Wärme-Kopplung bauen

Der Grünen-Antrag „Keine Genehmigung von weiteren Großkraftwerken ohne Kraft-Wärme-Kopplung“ (Drs. 11/1814) wurde gemäß Ausschußempfehlung vom Plenum abgelehnt. Nach Meinung der Wirtschaftspolitiker müssen neue Kraftwerkstechnologien den Einsatz von Steinkohle sichern.

Rudolf Apostel (SPD) hielt die Kopplung von Genehmigungsfragen mit der Kraft-Wärme-Kopplung nicht für den richtigen Weg zum Energiesparen.

Laurenz Meyer (CDU) wies auf Grenzen der Finanzierbarkeit von Leitungsnetzen für Fernwärme und auf größere Wirtschaftlichkeit und mehr Umweltschutzvorsorge durch größere Kraftwerke hin. Damit Kohle auch nach dem Jahr 2000 eine Zukunft habe, müßten die Anstrengungen auf den Modellbau der neuen Kraftwerkstechnologie gerichtet werden.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) erinnerte an seinen Beitrag bei der ersten Lesung.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) hielt schon den Werbeprospekt für das „Wahnsinnskraftwerk“ für Unsinn. Dagegen sei Abwärmennutzung unstrittig als Energiesparpotential.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sagte, eine Anzeige des Projekts nach Paragraph 4 Energiewirtschaftsgesetz liege nicht vor, daher könne es aus Gründen des Gemeinwohls nicht untersagt werden. Ohne echten Bedarf könne es keinen generellen Vorrang für Kraft-Wärme-Kopplung geben.

liches Material gestützt hätten, müßten Zweifel an der Effizienz der Geheimdienstarbeit erlaubt sein. Bei knappen Kassen sollten umstrittene Ausgaben besonders streng kontrolliert werden. Der Regierungsentwurf entspreche entgegen der Erläuterung des Ministers nicht der Regelung auf Bundesebene.

Bund-Länder-Finzenzen

SPD: Bonn soll für Sozialhilfe mitzahlen

Der SPD-Antrag „Ein neues Gleichgewicht in der bundesstaatlichen Finanzverteilung schaffen“ (Drs. 11/2441, s. Berichte in den vorigen Ausgaben) wurde gegen die Stimmen der Oppositionsfaktionen angenommen, der Änderungsantrag der Grünen (Drs. 11/2488) abgelehnt.

Reinhold Trinius (SPD) wies auf Steuermehreinnahmen in den ersten neun Monaten des Jahres hin, wovon 65 Prozent dem Bund zufließen. Seit 1982 gebe es durch Gesetzesänderungen 46 Milliarden Mark mehr beim Bund und 140 Milliarden weniger bei Ländern und Gemeinden. Ein neues Gleichgewicht sei dringend. Der Föderalismus müsse gestärkt werden.

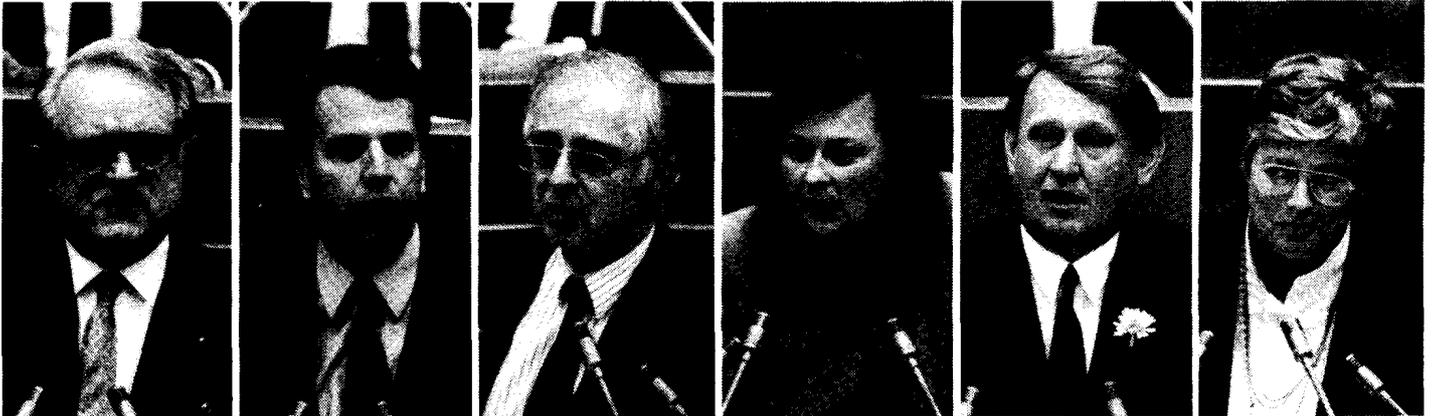
Hartmut Schauerte (CDU) hielt Vorpreschen vor dem Ergebnis der Bonner „Schieflagen-Kommission“ für schädlich. Die häßliche Kampagne gegen den Bund stehe im Widerspruch zum Zusammenwachsen des Vaterlands: die Teilung durch Teilen überwinden. Die CDU sei für Umverteilung zugunsten der neuen Länder. Wenn NRW seine Gemeinden so bedient hätte wie der Bund die Länder, ginge es denen prächtig.

Rudolf Wickel (F.D.P.) bezeichnete die Finanzlasten für die deutsche Einheit als Kosten zur Beseitigung von 40 Jahren Sozialismus. Wenn die alten Länder die Solidarität verweigerten, sei dem föderalen Prinzip mit einer Ordnung fester Bezüge der Länder vom Bund besser gedient als im Konzert der 16 Länder. Der SPD-Antrag sei eine Nebelkerze in der Finanzpolitik.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) hielt der SPD vor, 1,2 Milliarden Mark für die deutsche Einheit sei nicht wenig, aber gemessen an den Einnahmen des Landes nicht viel. Die Länder könnten mehr beitragen. Angesichts der Mehreinnahmen sei von Finanznot nichts zu erkennen. Wer bessere Behandlung vom Bund verlange, dürfe sich gegenüber den Kommunen nicht so schöfflich verhalten. Die Grünen beantragten Verlängerung des Solidarbeitrags, eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige sowie Beibehaltung von Vermögen- und Gewerbesteuer. Auch lehnten sie die Abschaffung der Erbschaftsteuer ab.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bestätigte die Zahlen des SPD-Sprechers Trinius und belegte die Schieflage zugunsten des Bundes mit weiteren Zahlen. Eine halbe Milliarde Mehreinnahmen durch die Einheit reiche als Transfer nicht aus, er rechne mit 20 Milliarden Mark bis 1995. Er wisse sich mit den anderen Ländern in Übereinstimmung.

Opposition stellt in Sondersitzung Schulpolitik auf den Prüfstand



Sie eröffneten die Reihe der Verteidiger und Gegner der Schulpolitik der Landesregierung (v.l.): Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen, Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, Bärbel Höhn, Grünen-Sprecherin, Dr. Manfred Dammeyer (SPD) und Beatrix Philipp (CDU). Fotos: Schüler

Auf Antrag von CDU- und F.D.P.-Fraktion ist der Landtag am 29. November zusammengetreten, um in einer Sondersitzung über aktuelle schulpolitische Fragen zu debattieren (wie bereits berichtet). Grundlage der Diskussion unter dem Motto „SPD-Schulpolitik gescheitert — Grundsicherung jetzt“ waren die Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens zur Schulorganisation in NRW.

Beatrix Philipp (CDU) artikuliert ihren „unmäßigen Zorn“ über die Versäumnisse in der Schulpolitik der letzten Jahre und über das, „was sich in den vor uns liegenden Jahren bis zur nächsten Landtagswahl für Nordrhein-Westfalens Schulen, für Eltern, Lehrer und Kinder abzeichnet“. Die SPD habe in 25 Jahren das Land „herunterregiert“, und das rechtfertige sowohl den Begriff „Bankrotterklärung“ wie die Forderung nach „Grundsicherung“ — ein Begriff, „der uns eigentlich nur im Hinblick auf die Bausubstanz nach 40 Jahren sozialistischer Herrschaft in den neuen Bundesländern geläufig ist“.

Birgit Fischer (SPD) vermißte bei CDU und F.D.P. die Darstellung ihrer Folgerungen aus dem Kienbaum-Gutachten, so würden wieder einmal nur „wiederkehrende Angriffe und Polemisierungen“ geboten. Das Gutachten sei nicht mehr als gemeinsame Geschäftsgrundlage, auf dem das bei allen vorhandene Vorhaben, die Überprüfung und Verbesserung der Schulorganisation, aufbauen könne. Es könne nicht die politische Arbeit vorwegnehmen, die darin zu bestehen habe, aus pädagogischer und bildungspolitischer Sicht eine Bewertung der Ergebnisse vorzunehmen und Konsequenzen zu ziehen. Von der Opposition sei es ignorant, die Maßnahmen der Regierung als „Spar-

programm“ zu bewerten, der es darum gehe, im Interesse der Schülerinnen und Schüler finanzielle Mittel effektiver einzusetzen.

Andreas Reichel (F.D.P.) wandte sich dagegen, daß die SPD „mit Tricks und mit Kosmetik unser Schulwesen gesundrechnen“. Das Gutachten gebe den Auftrag zur Sanierung, die Regierung schreite aber nur zum „Amputieren“. Die SPD sei einmal eine Bildungspartei gewesen, verdränge aber heute, daß eine Grundsicherung nicht kostenneutral zu haben sei. Er bezweifle auch das Wort des Ministerpräsidenten, daß Bildungsfragen die zentrale Aufmerksamkeit der Regierung besäßen. Schließlich sei Rau in der Schulpolitik seit Jahren „weggetaucht“ und trete derzeit wieder als der „große Verharmloser“ auf. Die Landesregierung sollte in der Schulpolitik genausoviel Tatkraft zeigen wie bei der Erhaltung alter Strukturen bei Kohle und Stahl.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) sah einen riesigen Reformbedarf für die nordrhein-westfälischen Schulen, und zwar durch die Bank für alle Schulen und Schulformen: Schulstruktur sei anerkanntermaßen in NRW ein ökonomisches Problem. Bildungsökonomie, der Umfang mit Geld, verantwortlich, pädagogisch effizient ausgewiesen, müsse gerade im Bereich der Schulstrukturen angemahnt werden. Die Abgeordnete merkte ferner an, die schädlichen, selbstzerstörerischen Effekte des dreigliedrigen Schulwesens hätten die Hauptschule zur Hilfsschule verzerrt.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) meinte zum Kienbaum-Gutachten, man habe es mit einem Lehrstück zu tun. Er haben selten

eine so gewaltige Diskrepanz zwischen dem, was in einem Gutachten tatsächlich stehe, und dem, was daraus abgeleitet werde, erlebt, oder wozu es mißbraucht werde. CDU und F.D.P. hätten nur das Wort „Grundsicherung“ herausgepickt.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) sagte, diejenigen, die das Gutachten überhaupt nicht gewollt hätten, hätten hinterher darin Sachen gelesen, die man beim besten Willen nicht herauslesen könne. Das Gutachten habe zwar nicht erst deutlich machen müssen, wohl aber bestätigt, es gehe um einen wichtigen und besonders teuren Bereich der Landespolitik. Zum CDU-Vorschlag eines Moratoriums bezüglich der neuen Gesamtschulen, stellte der Minister fest, ein solches brächte für den Haushalt 1992 möglicherweise eine Einsparung in einer Größenordnung von 50 Stellen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) sagte in Richtung des Ministers: „Der freie Samstag, das wäre ja alles gut und schön, darüber hätte man sich ja unterhalten können, wenn Ihnen das als unzumutbar für die Schüler nicht ausgerechnet im Zusammenhang mit Kienbaum eingefallen wäre.“

Nach der Aussprache zogen die Grünen ihren Antrag „Einrichtung einer Bildungskommission“ durch ihre Sprecherin **Bärbel Höhn** zurück. Bei der Abstimmung wurde der F.D.P.-Antrag „Mißbilligung des Ministerpräsidenten...“ (Drs. 11/2630) abgelehnt. Gleiches widerfuhr den F.D.P.-Anträgen „Unverzügliche Umsetzung...“ (Drs. 11/2631) sowie „Sofortiger Stopp...“ (Drs. 11/2632). Ebenfalls auf Ablehnung stießen der Entschließungsantrag der Grünen (Drs. 11/2820) wie auch der Entschließungsantrag der CDU (Drs. 11/2825).



Streit um die Schulstrukturen: v.l. Birgit Fischer (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.), Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN), Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN), Kultusminister Hans Schwier (SPD), Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.). Fotos: Schüler

Hieronymi: Europa der Regionen als Zielvorstellung nicht in einem Schritt zu erreichen

Zwei Sitze für NRW im künftigen Regionalaussschuß

Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat bei seiner 25. Sitzung am 5. Dezember in einer Aktuellen Viertelstunde eine Aussprache über die Zweite Regional-Konferenz des Europäischen Parlaments vom 27. bis 29. November in Straßburg und die Vertretung der Landtage in einem möglichen Regionalaussschuß eines künftigen Europas der Regionen geführt. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Unterausschusses Europapolitik des Hauptausschusses, Jürgen Büssow (SPD), der mit der Präsidentin Ingeborg Friebe an der Konferenz teilgenommen hatte, ist die Situation nach den derzeitigen Überlegungen für die Parlamente eher von Nachteil.

Büssow betonte, die Position Nordrhein-Westfalens, Vertreter des Landtags in den Regionalaussschuß zu entsenden, sei sehr schwer durchsetzbar. An die Willensbildung im Landtag vom 31. Oktober erinnernd, sagte der Abgeordnete, bei einer solchen Konferenz wie in Straßburg müsse wenigstens garantiert sein, daß der Wille des Parlaments zumindest zitiert werde. Die Situation sei für die Landesparlamente nicht annehmbar. Besonders verärgert zeigte sich Büssow darüber, daß ein Vertreter der Exekutive, „ein Oberregierungsrat aus Bremen“, ihn als Vertreter der Legislative habe auf die Linie des Bundesrates mit seiner Präferenz für die Landesregierungen festlegen wollen.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) zeigte Verständnis für Büssows Argumentation. Er verstehe dessen „emotionale Lage“. Er machte deutlich, an der Einladung an Landtag und Landesregierung habe u. a. die Staatskanzlei mitgewirkt und auch erreicht, daß die Landtagspräsidentin Redemöglichkeit erhalten habe. Clement bezeichnete es insoweit als problematisch, als sich Vertreter von Administration und Parlamenten, wenn sie miteinander diskutierten, jeweils auf ihre Legitimation beriefen. Clement bezeichnete Mischkonferenzen ansonsten als problematisch. Er könne sie nur als Meinungsaustausch verstehen. An die Parlamentarier gewandt, sagte er: „Selbstverständlich haben Sie das Recht, Ihre Position bis zur letzten Minute zu vertreten.“

Laut Büssow und Clement laufen die bisherigen Vorstellungen darauf hinaus, daß die Bundesrepublik 24 Sitze im künftigen europäischen Regionalaussschuß erhalten soll, zwei davon entfielen auf Nordrhein-Westfalen, wobei sich Clement eine Besetzung mit je einem Vertreter von Landtag und Landesregierung vorstellen konnte. Als nicht hinnehmbar sah es Büssow an, daß im Vergleich Luxemburg mit seinen 600 000 Einwohnern sechs Sitze erhalten soll. Clement wies jedoch darauf hin, daß dieses Zahlenverhältnis der Arithmetik im europäischen Parlament entspreche.

Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi machte klar, daß das Europa der Regionen eine Zielvorstellung sei, die nicht in einem Schritt erreicht werden könne. Es sei ein Prozeß mit einer Vielzahl von Interessenkollisionen. Die Entscheidungsstufen dieses Prozesses müsse man zu beeinflussen suchen. „Zumindest unter



Leitete die letzte Sitzung des Hauptausschusses in diesem Jahr: Vorsitzender Reinhard Grätz (SPD, Mitte).
Foto: Schüler

uns“ sollte ein Maximum an Information und Kooperation sichergestellt werden, betonte die CDU-Sprecherin. Ihr Fraktionskollege Norbert Giltjes hielt es für die „Knackfrage“, wer eigentlich für die Vertretung des Willens des Parlaments zuständig sei. Der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender, der die Delegation nach Straßburg begleitet hatte, berichtete, Landtagspräsidentin Friebe habe nur reden können, weil der Präsident von Niedersachsen, Horst Milde (SPD), verzichtet habe. Große-Sender machte in diesem Zusammenhang allerdings auch auf ein Problem aufmerksam. Die Bundesrepublik sei in einer besonderen Situation, die in anderen Ländern nicht gegeben sei.

Interessenkollisionen

In einem weiteren Tagesordnungspunkt griff der Hauptausschuß erneut das Thema „Kurzberichterstattung“ im Fernsehen auf. Die Ansichten divergieren erheblich. SPD-Medienexperte Büssow wandte sich entschieden gegen Exklusivrechte nicht nur bei Sportveranstaltungen. Durch den Verkauf von Übertragungsrechten an Dritte könne es zu Situationen kommen, in denen massiv aus ökonomischen und anderen Gründen Nachrichten unterdrückt würden. Der Sprecher der Grünen, Dr. Michael Vesper, unterstrich ebenfalls, es gehe ausschließlich darum, daß zu öffentlichen Großereignissen, nicht nur des Sports, der freie Informationszugang und eine Kurzberichterstattung bis zu drei Minuten möglich sein müsse. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde hielt die Frage dagegen, ob eine Sportveranstaltung, für die Eintritt gezahlt werde, ähnlich wie für eine Veranstaltung im Opernhaus, überhaupt eine öffentliche Veranstaltung sei. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Lothar Hegemann, meinte zur kostenfreien Kurzberichterstattung, das entspreche nicht der Realität in einer Gesellschaft, in der Informationen verkauft würden. „In dem Bereich herrscht

Markt. Da will ich auch Wettbewerb haben, auch wenn die weinerlichen Öffentlichen daneben stehen und alles umsonst haben wollen“, meinte Hegemann. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig hielt dagegen, es bestehe ein öffentliches Interesse, ob die Veranstaltungen großen Kreisen der Bevölkerung versagt blieben, weil eine Person oder eine Gruppe das Ereignis verkauft habe. Grundlage der Aussprache war ein beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängiges Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Paragraphen 3a im WDR-Gesetz sowie im Landesrundfunkgesetz, die die Kurzberichterstattung regeln.

Der Hauptausschuß befaßte sich dann mit dem Bericht der Landesregierung über Hilfen des Landes NRW beim Aufbau von Verwaltung und Justiz in den neuen Ländern. „Welche Schularbeiten haben wir als Ausschuß in den nächsten Monaten zu leisten?“, wollte Vorsitzender Grätz wissen. Er ergänzte, unabhängig davon, daß die Landtagsverwaltung eine Veranstaltung zwischen beiden Parlamenten von NRW und Brandenburg plane. Jürgen Büssow regte an, nach der Sommerpause 1992 ein Gespräch mit dem Hauptausschuß von Brandenburg darüber zu führen, wie die Hilfen aus NRW gesehen würden. Nach zwei, drei Jahren müsse man über diese Hilfen einmal Bilanz ziehen, denn es sei ja eine Anschubfinanzierung und keine Daueraufgabe.

Bei der Aussprache über Gesetzentwürfe von CDU und F.D.P. zur Änderung der Verfassung für das Land NRW, von der der Landesrechnungshof tangiert würde, erklärte der SPD-Abgeordnete Norbert Burger, oberstes Gut sei die Unabhängigkeit des Landesrechnungshofs. Er sprach sich dagegen aus, daß der LRH Aufträge von Regierung und Parlament entgegennehmen sollte. CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi wünschte sich hingegen die „Handlungsfreiheit des Parlaments“, Prüfungsaufträge an den Rechnungshof zu vergeben. Dr.

Fortsetzung Seite 24

Anhörung: Soziale und kulturelle Folgen von Kommunikationstechnologie

US-Computerkritiker: „Warum seid Ihr nicht total erschrocken?“

Aus dem beruflichen und privaten Alltag sind Computer nicht mehr wegzudenken. Ein Blick auf die Neuentwicklungen auf dem Gebiet der Informationstechnik verfestigt den Eindruck, als sei die weitere Vernetzung und Technisierung unaufhaltsam. Es bleibt die Frage, ob diese Entwicklung der zunehmenden Abhängigkeit immer mehr Lebensbereiche von Computern zwangsläufig ist, oder ob es für die Politik Chancen gibt, diesen Prozeß zu gestalten.

Professor Weizenbaum, Massachusetts Institute of Technology (Boston, USA), hat in seiner vor 15 Jahren erschienenen Schrift „Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft“ auf die fatale Abhängigkeit der Gesellschaft von Computern hingewiesen und wurde zu einem weltweit bekannten Kronzeugen gegen die scheinbare Allmacht der Computer und die Ohnmacht gesellschaftlicher Institutionen. Weizenbaum kann sich dabei auf eine jahrzehntelange Erfahrung als Computerwissenschaftler berufen. Das Kernproblem ist für ihn das „Abdanken der menschlichen Vernunft“. Nahezu jedes Problem wird als ein vermeintlich technisches Problem definiert, für dessen Lösung folglich auch nur die Technik in Frage komme. Auf diese Weise geraten andere Problemlösungen aus dem Blick: pflegebedürftige Menschen benötigen in erster Linie nicht mehr Pflege-„Technik“, sondern mehr soziale Zuwendung. Die Computertechnik, so Weizenbaum, gefährde auch den Erhalt traditioneller kultureller Techniken wie Lesen und Schreiben. Ernst zu nehmen sei auch die von Experten kaum noch durchschaubare Komplexität technischer Systeme. Die in solchen Systemen vorkommenden Fehler bleiben häufig unbemerkt und haben bereits zu großen Verlusten, etwa bei der Übertragung von Buchungen, geführt.

Professor Heribert Schatz (Universität Duisburg) stellte die Frage nach der Wiederherstellung der gesellschaftlichen Vernunft bei der Technikentwicklung. Es gebe aber, so Schatz, nicht die gesellschaftliche Vernunft schlechthin, sondern eine zunehmende Vielfalt von Wertsystemen. Er stellte die These auf, daß „die“ gesellschaftliche Vernunft erst wieder zu einer gesellschaftlich verantworteten Einbindung der technischen Rationalität genutzt werden könnte, wenn es ein allgemein akzeptiertes Leitbild für die soziale Entwicklung gäbe. Ein solches Leitbild wäre das der ökologisch-sozialen Gesellschaft. Im Gegensatz zu Weizenbaum hält Schatz also die technische Entwicklung politisch für steuerbar, wenn Ziele und Mittel der Politik sich ändern, wobei „der sanfte Druck sozialer Bewegungen“ eine konstruktive Rolle spiele.

Dieter Klumpp (Leiter der Abteilung Technik und Gesellschaft der SEL AG, Stuttgart) unterschied in seinem Vortrag ebenfalls zwischen technischer Rationalität und gesellschaftlicher Vernunft. Klumpp plädiert dafür, „das zarte Pflänzchen Vernunft im Alltag vor lauter Fixierung auf die vermeintlich großen Problemfelder nicht zu vergessen“. Klumpp hält es bereits für einen Gewinn, wenn es gelänge, einen „kulturellen Pflichtverteidiger“ durchzusetzen. Das Nachdenken über die Begrenzung des Computereinsatzes sei ein Phänomen des Reichtums und ver-

In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses „Mensch und Technik“ am 4. Dezember 1991 standen nicht nur die sozialen und kulturellen Folgen der Computertechnik im Mittelpunkt, sondern auch die Fragen nach einem möglichen sinnvollen Einsatz dieser Technik.

gleichbar der Diät in der Überernährung. Er plädiert für das Prinzip der Selbstbindung in der Industrie („Odysseusprinzip“ genannt, weil Odysseus sich an den Segelmast binden ließ, um sich nicht durch den Gesang der Sirenen vom Kurs abbringen zu lassen). Dies sei im Endeffekt auf Unternehmensebene sinnvoller als ein isoliertes Frühwarnsystem, dem das Schicksal der Cassandra drohe, deren warnende Hinweise von niemanden ernstgenommen wurden.

Die Vorschläge von Weizenbaum, die Verweigerungshaltung der technischen Elite beim Einsatz der Computer, hält Klumpp in der politischen und betrieblichen Alltagspraxis kaum für durchführbar. Klumpp teilt zwar die Diagnose von Weizenbaum bezüglich der Computerentwicklung, sieht aber eine andere Krankengeschichte und schlägt deshalb auch eine andere Therapie vor. Klumpp hält den vorsichtigen Optimismus für angebracht, daß die Wissenschaft eine

akzeptierbare Technik hervorbringen kann, sofern sich ihr Leitbild ändere. Dazu könne die Technikfolgenabschätzung Beiträge leisten, auch wenn die Industrie mit „Zähneknirschen“ im letztlich wohlverstandenen eigenen Interesse am Aushandeln neuer Ziele mit anderen Akteuren daran mitwirkt. Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) äußerte Bedenken bezüglich der „Therapieverschlüsse“ der Sachverständigen, da die Politik zu wenig Zeit habe, über Probleme und eventuelle Lösungsvorschläge zu reflektieren. Ein Politiker stehe vielmehr unter einem gewissen Entscheidungsdruck, der nach möglichst kurzfristigen Lösungen verlange. Helmut Hellwig (SPD) stellte die Informationsvermittlung der Wissenschaft an die Politik als eine wichtige Aufgabe dar. Hans-Karl von Unger (CDU) verglich die Situation der Politik angesichts der wachsenden Wissensdefizite in der Technik mit der Situation des „russischen Roulett“.



„Vorsicht vor komplexen Systemen“, warnten Kommunikationsexperten in der Anhörung des Ausschusses Mensch und Technik, v.l.: Professor Dieter Klumpp (SEL-Stabsabteilungsleiter), Dr. Manfred Mai (Ausschußassistent), Vorsitzende Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), Professor Joseph Weizenbaum (Massachusetts Institute of Technology), Professor Heribert Schatz (Institutsdirektor Mülheim/Ruhr). Der Stuttgarter Experte wurde noch deutlicher: Elektronische Verkehrsleitsysteme seien nach Auskunft der wenigen Experten, die das beurteilen könnten, etwas komplexer als SDI. „Wenn wir so weiterwursteln wie bisher, wird uns die Technik das Steuerrad aus der Hand nehmen“, meinte Klumpp. Und als aus dem Kreis der zahlreichen Zuhörer die Rede auf undurchschaubare Geldverkehrssysteme der Banken mit Automatik beim Wertpapiergeschäft kam, meinte Weizenbaum: „Warum seid Ihr nicht erschrocken? Ich verstehe das nicht!“ Zuvor hatte er berichtet, ein paar Computerspezialisten erzählten ihrer Regierung, was die Japaner demnächst auf den Markt bringen würden, und schon bekämen sie Geld für undurchschaubare Entwicklungen. „Virtuelle Realität wird unsere ganze Denkweise verändern“, sagte Weizenbaum.

Foto: Schüler

Arbeitsgruppe „Rüstungsexportausstieg“ beendet

17 Verfahren wegen illegaler Rüstungsexporte

Die von Haupt-, Rechts- und Wirtschaftsausschuß als Folge der Geschehnisse am Golfkrieg eingesetzte Arbeitsgruppe „Rüstungsexportausstieg“ (Leitung: Helga Gießelmann, SPD) hat ihre Arbeit mit einem Bericht an die Ausschüsse am 13. Dezember beendet. Aufgrund zahlreicher Fragen zu den Möglichkeiten des Landes, illegale Rüstungsexporte wirksamer zu bekämpfen, hatte das Wirtschaftsministerium im Oktober und abschließend im Dezember über Maßnahmen auf Bundesebene und die Ausführung ausführlich berichtet.

Aus der letztgenannten Antwort geht hervor, daß zur Zeit bei NRW-Staatsanwaltschaften 17 Verfahren wegen des Verdachts auf illegale Rüstungsexporte anhängig sind. Gewerbeuntersagungen sind bisher nicht ausgesprochen worden und sollen nur als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Gemäß Meldepflicht für die Industriestatistik zeigen acht

NRW-Unternehmen die Produktion von Wehrgütern an.

Die Arbeitsgruppe „Rüstungsexportausstieg“ hält ihren Auftrag, zu vier von den Fraktionen vorliegenden Anträgen dem Parlament einen ausreichenden Kenntnisstand zu verschaffen, für erfüllt. Über weiteren Handlungsbedarf soll in den Ausschüssen beraten werden.

Verkehrsausschuß für Beschleunigung Schneller planen, um eher zu bauen

Auch die besondere Sorge um die Erhaltung der Umwelt, um organische Stadtentwicklung und um öffentliche Beteiligung soll zügigere Planungsverfahren nicht verhindern. Das ist die Meinung des Verkehrsausschusses, der sich in der von Vorsitzendem Hans Jaax (SPD) geleiteten Sitzung am 5. Dezember mit den Stimmen der SPD und der CDU für die Beschleunigung der Verkehrswegeplanung im gesamten Bundesgebiet aussprach.

Die Verkehrspolitiker bedauern, daß das neue Beschleunigungsgesetz des Bundes nur für die neuen Bundesländer und nur zeitlich befristet beschleunigte Planungsverfahren

beim Bau von Verkehrsinfrastruktur vorsieht. Sie erwarten von der Landesregierung eine Initiative im Bundesrat für eine Verfahrensbeschleunigung im gesamten Bundes-

Bürgeramt Unna mit Mensch und Technik

Der Ausschuß „Mensch und Technik“ nahm am 6. Dezember einen Bericht des Stadtdirektors von Unna, Klaus Dunker, über Erfahrungen mit dem gemeinsam mit der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) St. Augustin bei Bonn durchgeführten Projekt „Einsatz der Informationstechnik in einem kommunalen Bürgeramt“ entgegen.

Beim Bürgeramt Unna wurde versucht, kommunale Dienstleistungen mit Hilfe von moderner Technik schneller und bürgernäher zu organisieren. Behördengänge sollten auf ein Minimum beschränkt und den Bürgern Ärger mit Ämtern erspart werden. Auch die steigenden Anforderungen an die Verwaltung aufgrund von Leistungsgesetzen legten den Gedanken an eine zentrale „Bedienung“ nahe.

An vier Empfangsschaltern im Erdgeschoß des Rathauses werden heute mit Hilfe von Datenverarbeitung einfache und sofort zu erledigende Aufgaben aller Ämter der Stadtverwaltung wahrgenommen. Das Bürgeramt listet auf (Auszug): Meldevorgänge, Aufenthaltserlaubnis, Beglaubigungen, Ausweise, Führungszeugnisse, Führerscheinanträge, Lohnsteuerkarten, Gebührenermäßigung, Wohnberechtigungsscheine, schließlich Beratung, Information und Ausgabe von Vordrucken.

In der dritten Stufe sollten komplexere Aufgaben auf das Bürgeramt übertragen werden. Für die besonders komplexen Tätigkeiten der Mitarbeiter im Sozial- und Jugendamt gebe es jedoch, so erläuterte Dunker, noch keine vernünftige Lösung. Die beiden Ämter „ertrinken“ fast in ihrer Aufgabenflut, die Stadt finde kaum noch Mitarbeiter. Der jeweils ökonomische und der soziale Teil der Tätigkeit entwickle sich zunehmend auseinander. Die ganzheitliche Bearbeitung eines Sozialhilfe-„Falles“ mittels Datenver-

arbeitung sei eine Zukunftsaufgabe, die sich die Stadtverwaltung stelle.

Effizienz und modernes Management in öffentlichen Verwaltungen einzuführen, sei eine Topaufgabe, sagte der Stadtdirektor von Unna. Die gesamte Spitze der Verwaltung müsse dahinterstehen. Auch die Öffentlichkeit und alle Parteien hätten mitgezogen. Bei „ganz sauberer Personalarbeit“ sei mit Leistungssteigerungen von bis zu 25 Prozent zu rechnen. Wichtig seien Überzeugung und Schulung der Mitarbeiter, die nicht mehr nur für begrenzte Aufgaben zuständig seien, sondern Tätigkeiten aus anderen Ämtern übernehmen sollten. Wichtig sei auch deren Verhalten im Umgang mit den Bürgern. Vor allem bei älteren Mitarbeitern habe es Probleme gegeben, freundliches Verhalten auch unter Streß zu erreichen, aber man habe es geschafft.

Feuerzeug-Sammlung

Eine große Freude konnte der Landtagsabgeordnete Dr. Hans Kraft (SPD) dem Bäckermeister Dietmar Schaal aus Remshalden in Baden-Württemberg machen, den er im Urlaub kennengelernt hatte. Kraft half, die Feuerzeug-Sammlung des Bäckermeisters durch ein Feuerzeug mit dem Namenszug des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau zu komplettieren. Das CDU-Mitglied Schaal revanchierte sich mit Stollen und Schnitzbrot für Rau und Kraft.

gebiet, wobei „der erreichte Standard bei der Berücksichtigung von Belangen der Umwelt und der Stadtentwicklung gewahrt und ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit bestehen bleiben“ soll. Außerdem sollen eigene Möglichkeiten des Landes geprüft und die Verfahrensbeschleunigung als neues Ziel der Raumordnung und Landesplanung festgeschrieben werden.

Mit diesem Votum unterstrichen die Verkehrspolitiker von SPD und CDU die Bedeutung des Ausbaus von Verkehrsinfrastruktur, die in Anträgen aus drei Fraktionen allerdings mit etwas anderer Zielsetzung zum Ausdruck gekommen war.

Ein Fall für XY?

Eine Metzgersfrau war am Mittag des 18. August 1987 allein im ersten Stock ihres Hauses in Düsseldorf. Ihr Ehemann, ein Geselle und ein Lehrling waren in den im Hof gelegenen Werkräumen der Metzgerei bei der Arbeit. Kurz nach 1 Uhr versetzte ihr ein Unbekannter zwölf tödliche Stiche. Sie stürzte mühsam Hilfe rufend von der Küche auf die Veranda, wo sie in wenigen Minuten verblutete. Ärztliche Hilfe kam zu spät.

Bis heute fehlt von dem Täter jede Spur. Kein Fingerabdruck, keine Tatwaffe, buchstäblich nichts blieb zurück. Unklar ist auch das Tatmotiv. Hat der Täter, der nur einen Teil des Bargeldes gefunden hat, in Panik gehandelt? Oder war es ein Rachemord, der als Raubmord kaschiert werden sollte?

Ermittlungen, die bereits Bände füllen, endeten in der Sackgasse. Die Polizei weiß nur, daß sie alle Personen aus dem näheren Umfeld ausschließen muß. Andererseits gibt es keine Hinweise für ein gewaltsames Eindringen oder ein Einsteigen in die Wohnung. Das Opfer war Fremden gegenüber sehr mißtrauisch und hätte kaum jemand herein gelassen, der ihr irgendwie verdächtig erschienen wäre.

Lediglich ein junger Mann mit einer auffälligen und für die Jahreszeit viel zu warmen Skijacke soll zur Tatzeit das Gebäude der Ermordeten betreten und Minuten später wieder eilig verlassen haben. Ein Zeuge will bei diesem Mann einen messerartigen Gegenstand und Blutspuren an der Kleidung gesehen haben. Aber diese Hinweise führten nicht weiter. Ein Phantombild wurde nach den Angaben eines Zeugen gefertigt. Ein anderer Zeuge erkannte keine Ähnlichkeit mit dem auffälligen jungen Mann. Eine Flugblattaktion der Polizei in der näheren Umgebung brachte keine weiterführenden Hinweise.

Die Ermittlungen sind mittlerweile an einem toten Punkt angekommen. Der Ehemann, der an diesem Schicksal innerlich zerbrochen ist, will trotzdem den Mord aufgeklärt wissen. Er hoffte auf die Sendung Aktenzeichen XY. Aber die Polizei lehnte dies ab, da sie den Fernsehzuschauern nichts Brauchbares zeigen könne.

Der Petitionsausschuß soll die Polizei dazu bringen, das Phantombild und die Skizze von der Jacke zu zeigen. Inzwischen sind alte Briefe und vom Opfer gemalte Bilder aufgetaucht, die auf Kontakte mit vatikanischen Kreisen in der Zeit vor der Ehe weisen. Bis jetzt hat die Petition bewirken können, daß die Polizei die Ermittlungen noch einmal aktiv aufgreift und vor allem den neuen Spuren nachgeht.

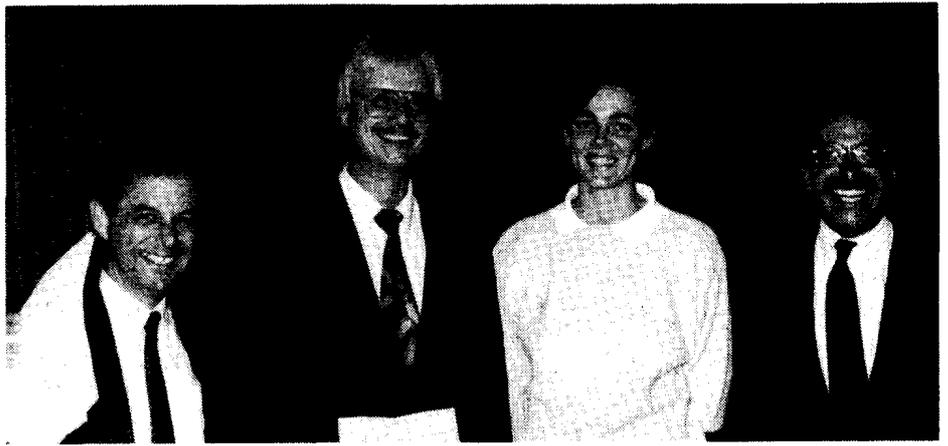


Vizepräsident Ulrich Schmidt (l.) empfing im Landtag israelische Gäste aus Nazareth-Ilit. Die Besucher des Parlaments waren auf Einladung ihrer Partnerstadt Leverkusen in NRW. Stadtdirektor Zwika-Reich und Ulrich Schmidt als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe diskutierten u.a. über die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder und über die Chancen eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten.

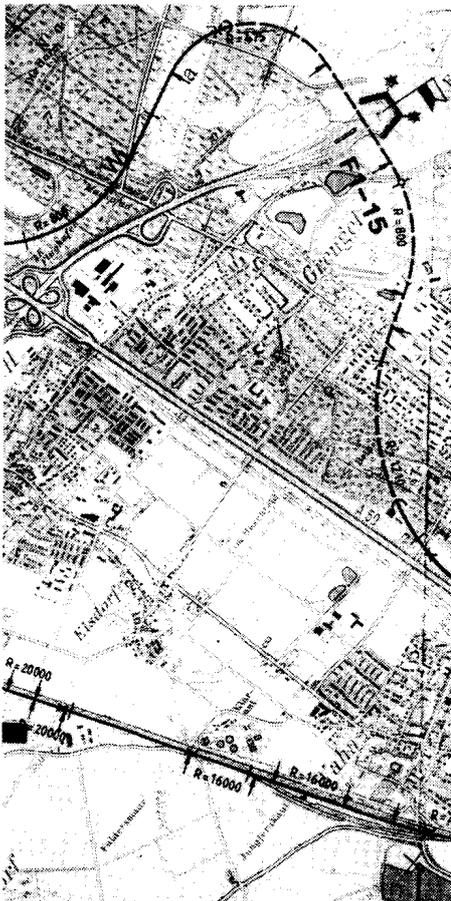
Schwier kündigt Wettbewerb an: Vorbildlicher Verein Sport mit Älteren

In seinem Bericht zur Förderung des Sports der Älteren in der von Hans Rohe (SPD) geleiteten Sitzung des Sportausschusses am 2. Dezember kündigte Kultusminister Hans Schwier unter anderem einen Wettbewerb „Der vorbildliche Verein beim Sport mit Älteren“ für 1992 an. Außerdem werden im Rahmen eines Pilotprojekts der Ruhr-Universität Bochum „Gesundheitsorientierte Sportangebote in den Vereinen“ neue Wege der Förderung des Sports der Älteren untersucht. — Der Sportausschuß mißbilligte, daß das ebenfalls zur Berichterstattung gebetene Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der Sitzung zum Thema Altersport nicht erschienen war.

„Als ältester aktiver Mitarbeiter des Hauses“, sagte Minister Schwier, sei er die geeignete Person, um über Sport im Alter zu berichten. Entgegen früherer Vorbehalte wachse heute die Erkenntnis, daß Sport die Lebensqualität der älteren Generation erheblich verbessere und Bestandteil der Lebensführung sein sollte. Schwier fuhr fort: Die Bedeutung des Sports für die Gesundheitsprophylaxe und Rehabilitation sei unbestritten. Richtig dosierte Betätigung könne zum körperlichen und seelischen Wohlbefinden beitragen. Gleichzeitig seien Sportvereine Stätten der Begegnung, in denen der Isolierung und Vereinsamung älterer Menschen entgegengewirkt werden könne. Im Jahr 2000 sei vermutlich jeder dritte Bürger über 60 Jahre alt.



„Wir wollen auch ein Foto!“, meinte F.D.P.-Fraktionsreferent Detlef Parr (oben r.) und rief seine Arbeitskollegen (oberes Bild v.l.), SPD-Referent Georg Seletzky, Ausschußassistent Wolfgang Kubitzky, CDU-Referentin Dr. Ivonne Kempen herbei. — Zuvor hatte sich der Sportausschuß zum Fotografieren aufgestellt (unteres Bild), Vorsitzender Hans Rohe (Mitte vorn), um anschließend das Thema „Sport der Älteren“ mit Kultusminister Hans Schwier (l. dahinter) zu beraten.
Fotos: Schüler



Bundesbahn reicht zwei ICE-Trassen ein In einer Stunde von Frankfurt nach Köln

Die Anbindung des Flughafens Köln/Bonn an die Bundesbahn-Neubaustrecke Köln-Frankfurt stand im Mittelpunkt der Beratung des Verkehrsausschusses am 5. Dezember, zu der Vorsitzender Hans Jaax (SPD) den Präsidenten der Bundesbahndirektion Köln, Dr. Beck, und den Projektleiter, Diplom-Ingenieur Zießle, eingeladen hatte. Neu war den Ausschußmitgliedern eine deutlich verkürzte Schleife bei der vom Land gewünschten Flughafenanbindung. Die Planungsunterlagen für zwei Raumordnungsverfahren würden, kündigte Zießle an, Mitte Dezember vorgelegt, wobei der Bundesbahn-Vorschlag entlang der Autobahn nur einen Halt in Siegburg vorsieht. Bei zügigem Planungs- und Raumordnungsverfahren könne 1994 mit dem Neubau begonnen und die ICE-Strecke im Jahr 2000 fertig sein. Die Fahrzeit mit der Bahn würde halbiert und mit dem ICE von Frankfurt nach Köln nur noch eine gute Stunde betragen.

Wie in der vorigen Ausgabe berichtet, wurde eine engere Schleife zum Flughafen projektiert. Die ursprüngliche Planung sah wesentlich größere Einschnitte in die Wahner Heide vor. Von den 14,4 Kilometern der neuen Flughafenstrecke führt ungefähr ein Viertel durch Tunnel. Im Abschnitt Köln-Troisdorf werden „passive Schallschutzmaßnahmen“ (Einbau von Schallschutzfenstern) notwendig. Die neue Planung läßt nur Zuggeschwindigkeiten von 100 bis 160 Stundenkilometern zu, während der ICE auf der übrigen Neubaustrecke zwischen 200 und 250 Stundenkilometer schnell fahren soll.

In zahlreichen Nachfragen erkundigten sich die Ausschußmitglieder nach Problemen bei der Durchsetzung der vom Land gewünschten Trasse. Heinrich Dreyer (CDU) interessierte sich vor allem für die Kosten der Flug-

hafenanbindung und einer alternativen S-Bahn-Verbindung. Heinz Hardt (CDU) kritisierte, die Bundesbahn arbeite mit zwei Vorlagen, beziehe aber selbst nicht zur Flughafenanbindung Stellung. Uwe Herder (SPD) trat namens seiner Fraktion für den Flughafenanschluß ohne Wenn und Aber ein und hielt die neue Schnellstrecke, auch im internationalen Vergleich, für dringend erforderlich. Gisela Nacken (DIE GRÜNEN) wies auf die Umweltgesichtspunkte hin, die in der Vorlage der Bundesbahn als bedenklich bezeichnet würden. Abgeordneter Rolf Krieger (CDU) drückte die Erwartung aus, daß nach Fertigstellung der Neubaustrecke die Zahl der Kurzstreckenflüge ab Köln/Bonn erheblich reduziert werden könne. Vorsitzender Jaax (SPD) betonte, daß der Landtag die Flughafenanbindung beschlossen habe.

Arbeitsgruppe erörtert Diskrepanz zwischen Ausländer- und Jugendhilfegesetz

In Modellversuch will sich Mülheimer Schule ein europäisches Profil geben

Über Vorhaben und Modellversuche des Kultusministers (KM) im Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen von Ausländern und Aussiedlern ließ sich die Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ unter Vorsitz von Jürgen Schaufuß (SPD) zu Beginn ihrer letzten Sitzung in diesem Jahr unterrichten.

Die KM-Vertreterin erinnerte daran, daß vor 30 Jahren durch Anwerbeabkommen eine große Wanderungswelle eingesetzt habe. Inzwischen seien zwar Strukturen, mit denen die Kinder sinnvoll in das Schulwesen vor Ort eingegliedert werden könnten, vorhanden. Trotz dieses bereits gut funktionierenden Systems könne jedoch noch vieles verbessert werden. Darum seien zu Beginn des Schuljahres neue Vorhaben angelassen, die neben einer Unterstützung vom Land auch durch den Bund und einzelne Städte finanziell gefördert würden.

Der Sprecher des Landesamtes für Schule und Weiterbildung in Soest erläuterte hierzu, im Bundesgebiet gebe es bereits einzelne Vorhaben zur Vorbereitung auf Europa, die von Industrie, Handel, Kultusbürokratie und weiteren gesellschaftlichen Gruppen in Angriff genommen worden seien. Jedoch gebe es keinen Modellversuch, der so komplex angelegt sei, wie der von Nordrhein-Westfalen. Der Modellversuch „Lernen für Europa“ habe sich folgende Ziele gesetzt: Fremdsprachen, Muttersprachen für ausländische Kinder, interkulturelles Lernen sowie Realisierung dieser Ziele und Öffnung von Unterricht und Schule.

Es habe sich im Rahmen des Modellversuchs gezeigt, daß die bisher vollzogene Trennung von Mutter- und Fremdsprache in einer multikulturellen Gesellschaft nicht mehr durchzuhalten sei. Das relative Verständnis, das zwischen Mehrheiten- und Minderheitengruppen in den Schulen bestanden habe, existiere in dieser Form gegenwärtig nicht mehr. Das Landesinstitut bearbeite deshalb einzelne Vorhaben zum sprachlichen und interkulturellen Lernen. Zum Bereich „Sprachliches Lernen“ wurden folgende Einzelvorhaben genannt:

- Begegnung mit Sprachen in der Grundschule,
- bilinguales Lernen,
- Intensivierung und Erweiterung des fremdsprachlichen Lernens,
- Ausweitung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts auf weitere Sprachen,
- Koordination des muttersprachlichen Unterrichts mit dem Regelunterricht und
- Verbesserung der Akzeptanz und Qualität des muttersprachlichen Unterrichts.

„Interkulturelles Lernen“ stelle sich in den Teilbereichen sich und andere sehen und lernen, Fremdheit verlernen, miteinander und füreinander lernen und in einem Haus wohnen lernen; in der Welt, von der Welt, für die Welt dar.

Die Gustav-Heinemann-Gesamtschule Mül-

heim/Ruhr sei in den Modellversuch integriert, weil sie als Schulsystem sämtliche Aspekte erproben und so verdeutlichen können, wie eine Schule sich ein europäisches Profil zulege. Auf Anregung des Vorsitzenden wird sich die Arbeitsgruppe im kommenden Jahr vor Ort davon überzeugen, wie sich die genannte Schule auf Europa vorbereitet. Unter dem Motto Auswirkungen der Änderungen im neuen Ausländergesetz diskutierte die Arbeitsgruppe die sich aus dem Ausländergesetz und dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ergebenden gegenläufigen Tendenzen. Die Vertreter des Innenministeriums und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erläuterten, im neuen Ausländergesetz werde zum Beispiel der Aspekt aufgegriffen, ob ausländische Jugendliche aufenthalts-genehmigungspflichtig seien. Dies war bislang nicht der Fall gewesen. Die zu den Verwaltungsvorschriften des Bundes gehörenden Regelungen seien zur Zeit in Arbeit. Bei den Datenschutzvorschriften gelte es, das Problem zu lösen, wie die Datenschutzvorschriften des Ausländergesetzes, die zunächst noch Datenübermittlungen in hohem Umfang zuließen, zu den Datenschutzvorschriften des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) stünden. Zu Verwirrung habe auch geführt, daß zwar nach dem Wortlaut des KJHG mit seinen sehr intensiven Datenschutzbestimmungen keinerlei Offenbarungsverpflichtungen für die Jugendbehörden gegeben seien. Die Neufassung des Ausländerrechts gehe jedoch die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie als möglichen Ausweisungsgrund an; andererseits hätten die Jugendämter eine Auskunftspflicht gegenüber den Ausländerbehörden. Auf die Frage von Hildegard Matthäus (CDU), ob aufgrund der diskutierten Bestim-

mungen bereits jemand ausgewiesen worden sei oder die Gefahr bestehe, daß ausgewiesen werden müsse, berichtete Heinz Hilgers (SPD) aus seiner kommunalen Praxis, zumeist träfen mehrere Tatbestände als Ausweisungsgründe zusammen. Von daher halte er die vom Bund getroffene Regelung für unnötig, nur aufgrund eines einzelnen Tatbestandes aktiv zu werden. Dennoch halte er eine Änderung des Ausländergesetzes nicht für angeraten, da sich auch in einem solchen Ausweisungsfall die Entscheidung gegen das Kind richte.

Brigitte Schumann (Grüne) erkannte in den Ausweisungstatbeständen für Jugendliche und ihre Familien die Zielrichtung, die ausländischen Mitbürger zu verunsichern und ihnen zu zeigen, daß sie nicht gewollt seien. Andreas Reichel (F.D.P.) bemerkte, nach dem Ausländergesetz seien die Ausweisungstatbestände grundsätzlich allgemein gehalten. Um einer Verunsicherung entgegenzuwirken, könnte überlegt werden, ob nicht das Land die zuständigen Behörden informieren sollte, daß die Rechtslage keine Ausweisungsmöglichkeiten gegen eine ansonsten intakte Familie herbeigebe.

Zum dritten Beratungspunkt informierte das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales über den Fortgang des Ausbaues weiterer Regionaler Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA). Sie seien in Unna, Gelsenkirchen, Düsseldorf, Dortmund und Herne eingerichtet und mit Arbeitsschwerpunkten verbunden worden.

Unna sei wegen der dort beheimateten Anlaufstelle Unna-Massen besonders mit Problemen, die Aussiedler beträfen, betraut worden. In Gelsenkirchen laufe ein sehr erfolgreiches Projekt, das sich mit Mütterarbeit befasse. In Düsseldorf sei der Aspekt der Gesundheitserziehung bei der RAA im außerschulischen Bereich angesiedelt worden. Besprechungen und konzeptionelle Vorarbeiten für zwei Stellen – je eine in Dortmund und Herne – seien bereits fortgeschritten. Diese Stellen beruhten auf besonderen Brennpunktsituationen. In bezug auf den Märkischen Kreis, Herten, Mönchengladbach und Mülheim/Ruhr sei man jedoch noch nicht weitergekommen.

Die KM-Vertreterin begrüßte diese positive Entwicklung. Ihr Ministerium könne leider nicht in gleicher Weise berichten. Nach wie vor stünden für die RAA keine besonderen Stellen zur Verfügung. Angesichts des kw-Stellen-Abbaus sei es derzeit nicht möglich, aus dem normalen Lehrerpotential neue Stellen abzuzeigen.

Als Ergebnis der sich daran anschließenden Aussprache zum Haushaltsentwurf 1992 faßte die Arbeitsgruppe einvernehmlich die Beschlußempfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags, für die Einrichtung weiterer Regionaler Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher den Ansatz um acht Stellen zu erhöhen.

Außerdem griff die Arbeitsgruppe wieder eine bislang noch nicht umgesetzte Haushaltsforderung vergangener Jahre auf: Aufgrund des nunmehr auch für Realschulen und Gymnasien in großem Ausmaß zu erwartenden Unterrichtsmehrbedarfs für schulpflichtige Schüler und Spätaussiedler empfahl sie erneut, eine Zuschlagsrelation von 60 : 1 einzuführen.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat die im Referat Plenum, Ausschüsse tätigen Ausschußassistenten Harald Holler (Mitte) und Wolfgang Baumann (rechts) für ihre 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst geehrt. Baumann betreut die Ausschüsse für Kommunalpolitik und Haushaltskontrolle, Holler ist für den Verkehrsausschuß und den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen zuständig. Foto: Schüler

Essener Staatsanwalt ermittelt in Bochum

In einer von Egbert Reinhard (SPD) beantragten Aktuellen Viertelstunde des Rechtsausschusses am 4. Dezember fragte dieser den Justizminister zu einem Artikel der Zeitschrift „Stern“ vom 10. Oktober 1991 über „Sexualverbrechen: Weshalb ermittelte die Bochumer Kripo so lasch gegen einen Verdächtigen?“. Reinhard wollte wissen, wieso die Bochumer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen einen verdächtigen Sexualverbrecher trotz seiner fast hundertprozentigen Identifizierung eingestellt hat, warum das Ermittlungsverfahren gegen Beamte der Bochumer Kriminalpolizei wegen Strafvereitelung im Amt eingestellt wurde und ob daran gedacht sei, das Ermittlungsverfahren einer anderen Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Mit Rücksicht auf ein laufendes Verfahren gegen die betreffenden Beamten hielt sich der Justizminister in der Beantwortung der Fragen zurück, wies jedoch darauf hin, daß der Generalstaatsanwalt Hamm das Ermittlungsverfahren aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft Bochum in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Essen überführt hat, und sagte ausführliche Berichterstattung im Rechtsausschuß nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens zu.

Ein von der SPD eingebrachter Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Bewährungshelfer wurde einstimmig angenommen. Damit werden — der Forderung aller Betroffenen entsprechend — die Ausschüsse für Bewährungsaufsicht abgeschafft.

Der Ausschuß befaßte sich mit einem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Landesministergesetzes, einem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Unvereinbarkeit von Ministerinnen- und Ministerämtern und wirtschaftlichen Führungsfunktionen sowie einem Gesetzentwurf der F.D.P. zur Änderung der Verfassung für das Land NRW. Alle Initiativen der Fraktionen zielen auf eine Änderung der Genehmigungspraxis bei Wahlen von Mitgliedern der Landesregierung in den Vorstand, Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat privater Unternehmen. Dabei wollen die Grünen Interessenkollisionen und Verquickungen von politischer und wirtschaftlicher Macht ausschließen. Die CDU-Fraktion möchte die Einwirkungsmöglichkeiten des Staates in Unternehmen ausschließen, an



Als er auf einer der Ausfallstraßen von Miami im US-Bundesstaat Florida kurz anhalten mußte und einen Blick aus dem Seitenfenster warf, traute der Assistent des Landtagsausschusses „Mensch und Technik“, Dr. Manfred Mai, seinen Augen nicht. Er blickte geradewegs auf das Nordrhein-Westfalen-Wappen auf einem Schild mit der Aufschrift „Autosport Design“, angebracht an der Einfahrt zu einem Autohändler. Wie das Schild dort hin kam, konnte Mai nicht abklären. Er steckte im Verkehr und mußte weiter. Vorher aber hatte er noch geistesgegenwärtig zur Kamera gegriffen. Foto: Mai

denen der Staat weder finanziell noch rechtlich oder organisatorisch erheblich beteiligt ist.

Die Sprecher von SPD und CDU äußerten, daß eine verfassungsgemäße Unvereinbarkeit von Ministerämtern und Führungsfunktionen der oben genannten Art nicht gesehen wird. Die rechtspolitische Dimension und damit die Frage, wie eng der Rahmen solcher Berufungen gezogen werden soll, müßte nach Auffassung des Rechtsausschusses in allen Fragen diskutiert werden. Danach will der Rechtsausschuß in seiner Funktion als mitberatendes Gremium votieren.

Im weiteren Verlauf der Sitzung äußerte sich die Sprecherin der Vollzugskommission des Rechtsausschusses, Marie-Luise Morawietz (SPD), sehr positiv über einen nach ihren Worten „erfreulichen“ Besuch des Justizvollzugskrankenhauses in Fröndenberg mit der angegliederten Mutter-Kind-Einrichtung. So enthielt ihre Schilderung die Vokabeln „keine Personalprobleme“ oder „entspannte Betriebsatmosphäre“, „imponie-

rende medizinische Ausstattung“ sowie „gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und medizinischem Dienst“. Zu überdenken sei allerdings, ob das für medizinische Hilfe bei geleisteter Amtshilfe vereinbarte Entgelt noch ausreicht. Lobend erwähnte Marie-Luise Morawietz auch die Mutter-Kind-Einrichtung. Hier könnten elf Mütter mit bis zu 14 Kindern untergebracht werden. Kleinkinder können den in der Nähe gelegenen Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt besuchen. Eines der Apartments sei besonders gesichert, um in Einzelfällen eine sonst notwendige Rückverlegung einer Mutter in den geschlossenen Vollzug mit allen Nachteilen — besonders für das Kind — zu vermeiden. Kritisch bemerkte sie abschließend, daß in der Mutter-Kind-Einrichtung kein männliches Personal eingesetzt werde und daß die Kostenzuständigkeiten der Jugendämter im neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz nicht eindeutig geregelt seien. Hier wolle sich die Vollzugskommission um eine klare Anweisung durch das zuständige Ministerium bemühen.

Sozialausschuß: Europäische Agentur gehört nach Bonn oder Dortmund

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat am 4. Dezember unter der Leitung des Vorsitzenden Bodo Champignon (SPD) seine Beratungen zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (Drs. 11/2151) und zur Ausführung des Betreuungsgesetzes und zur Anpassung des Landesrechts (Drs. 11/2464) aufgenommen.

Auf Antrag der Oppositionsfraktionen, dem auch die SPD beitrug, beschloß der Ausschuß einstimmig, Anhörungen von Vertre-

terinnen und Vertretern von Verbänden, Institutionen und Sachverständigen zu den Gesetzentwürfen durchzuführen: Zum Gesetzentwurf zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes am 29. Januar und zum Betreuungsgesetz am 12. Februar 1992.

Außerdem kam der Ausschuß einvernehmlich überein, daß eine Kommission eine Einrichtung des Maßregelvollzugs im Lande besucht, um sich „vor Ort“ informieren zu lassen. Die abschließenden Beratungen der beiden Gesetzentwürfe im Ausschuß sollen — wie der Vorsitzende mitteilte — am 11. März 1992 stattfinden.

Außerdem befaßten sich die Abgeordneten

mit der Bundesratsdrucksache 689/91 „Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Schaffung einer Europäischen Agentur zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz“.

Auf Anregung des CDU-Sprechers Hermann-Josef Arentz wurde einstimmig beschlossen, der Landesregierung zu empfehlen, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die vorgesehene Europäische Agentur ihren Sitz in NRW erhält, wobei der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge Bonn und Dortmund für geeignete Standorte hält.

Büssow in Straßburg: Europa läuft Gefahr, ein demokratischer Irrtum zu werden

Bedauern über Kompetenzverluste der Parlamente

Die zweite Konferenz „Europäisches Parlament/Regionen der Gemeinschaft“ fand auf Einladung des Europäischen Parlaments vom 27. bis 29. November 1991 in Straßburg statt. Die erste Konferenz dieser Art wurde im Jahre 1984 durchgeführt.

Für den nordrhein-westfälischen Landtag nahmen an dieser Konferenz, die mit einer Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Enrique Barón Crespo, eröffnet wurde, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, der Vorsitzende des Unterausschusses „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“, Jürgen Büssow, sowie als Berater der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender, und Ministerialrat Hans-Joachim Wegner teil. In der Plenarsitzung am 27. November 1991 sprach Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, wie berichtet, als erste gewählte Vertreterin der Regionen zu den Teilnehmern dieser Konferenz. Sie tat dies gleichzeitig als aktuelle Vorsitzende der

Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der 16 deutschen Landesparlamente.

Auch in dieser Funktion wies Frau Friebe den aktuellen Entwurf eines Vertrags über die Union mit Nachdruck zurück. Sie machte deutlich, daß eine Akzeptanz bei den deutschen Landtagen nur erwartet werden könne, wenn wesentliche Forderungen (Verankerung des Subsidiaritätsprinzips, Klagerecht, Regionalorgan) erfüllt würden. (Die Rede der Landtagspräsidentin wurde in der letzten Ausgabe von Landtag Intern im Wortlaut dokumentiert.)

In der Arbeitsgruppe „Vertretung und Beteiligung der Regionen“ bedauerte Abgeordneter Büssow die Kompetenzverluste der nationalen und regionalen Parlamente. Europa laufe Gefahr, ein demokratischer Irrtum zu werden. Deshalb müsse das Demokratieprinzip auf allen Ebenen, auch auf der regionalen Ebene, verankert werden.

Im einzelnen forderte Büssow, daß ein künftiges Regionalorgan ein Initiativrecht bekommen und vor allem ein Vetorecht haben müsse, wenn eigene Zuständigkeiten

der Regionen berührt seien. Ein beratender Ausschuß reiche nicht aus.

Vor allem müsse auch sichergestellt werden, daß politisch Verantwortliche in ein solches Gremium gewählt würden. Denn es müsse der Gefahr begegnet werden, daß Entscheidungsträger immer anonymer würden und sich in Europa vordemokratische Strukturen bildeten.

Der zunächst vorgelegte Entwurf für eine Schlußdeklaration wurde auch von Büssow als ungeeignet bezeichnet. Deshalb wurde während der Konferenz ein neuer Entwurf erarbeitet, in dem sich auch die wesentlichen Forderungen der Delegation der deutschen Länder (Ausschuß der Regionen, Beachtung des Subsidiaritätsprinzips sowie bei Nichtbeachtung dieses Prinzips die Möglichkeit für die Regionen, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anzurufen) wiederfinden.

Die so geänderte Schlußerklärung „Die Regionen der Gemeinschaft“ wurde von der Konferenz ohne Gegenstimmen angenommen.

Ein weiter Weg...

Fortsetzung von Seite 8

digkeiten unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips den Regionen eigene Zuständigkeitsbereiche zuerkennen...“. Der Begriff Subsidiarität erhält Alibifunktion und vernebelt den eigentlichen Regelungstatbestand.

Hinweis verdient auch noch die Tatsache, daß die Kommunen (local authorities) trotz vielfältiger Versuche in der Schlußerklärung zu den Regionen nicht verankert wurden. Allerdings finden sie sich in anderen verabschiedeten Papieren, und es bleibt abzuwarten, ob sich nicht auf Dauer eine Mehrheit dafür findet, die Kommunen als gleichberechtigt mit den Regionen anzuerkennen.

Die deutschen Parlamentspräsidenten zum Beispiel, die sich in der Vergangenheit vehement gegen eine solche Gleichstellung ausgesprochen haben, werden sich mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Auf der Konferenz schien die gegenteilige Meinung (auch bei den Europaabgeordneten) an Boden zu gewinnen.

Die deutschen Ländervertreter werden auch bei den Europaabgeordneten noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten haben, wie sich aus den Diskussionsbeiträgen, aber auch aus vielen Gesprächen am Rande der Konferenz ergab: Der Bogen spannt sich von der strikten Ablehnung der von den Regionen eingeforderten Mitsprache- und Mitentscheidungsbefugnissen in einer Regionalkammer bis hin zur Forderung nach Zustän-

digkeiten der europäischen Ebene für den Kulturbereich. Verständliches Engagement läßt grundsätzliche Positionen offenbar leicht aufgeben. Ein Europaparlamentarier aus einem der fünf neuen Bundesländer überraschte seine Gesprächspartner mit folgendem Beispiel: Wenn etwa das Land Brandenburg nicht dafür Sorge trüge, daß ein in sorbischer Sprache verfaßtes Literaturgut auch zum Beispiel in Französisch übersetzt würde, dann müsse es eben die EG tun, und entsprechend seien ihr Zuständigkeiten einzuräumen!

Gleichwohl war die Konferenz ein Erfolg, einmal, weil einige wichtige Papiere mit immerhin auch aus deutscher Sicht maßgeblichen Grundsätzen verabschiedet werden konnten, zum anderen, weil die Regionen auf diese Weise die Zusammenarbeit untereinander lernen und besser die jeweiligen Positionen verstehen. Nicht zu vergessen die Vielzahl der Gespräche am Rande, wie das geschilderte, bei denen immer wieder um Verständnis für die eigene Position geworben und manches Mißverständnis aufgeklärt oder Einblick in die speziellen Schwierigkeiten anderer Regionen genommen werden konnte. Wie sonst hätte man zum Beispiel erfahren können, daß die vom baskischen Parlamentspräsidenten vorgelegene Position der vorsichtigen Annäherung noch längst nicht unumstrittene Meinung in seiner eigenen Partei ist, wo viele noch den Regionalbegriff mit der Nationalfrage unabdingbar verbinden.

Es hat sich gezeigt, daß es besonders dort, wo es bisher auch schon gute Beziehungen zwischen den Regionen gegeben hat, auch auf solchen Konferenzen eine andere Qualität der Zusammenarbeit gab.

Wie gesagt, ein Erfolg, aber ein langer Weg für die deutschen Länderparlamente nach Europa. Aber ein Anfang ist gemacht.

(Der Autor, Heinrich A. Große-Sender, ist Direktor beim Landtag Nordrhein-Westfalen. Siehe auch Bericht „Kompetenzverluste“ auf dieser Seite.)



4 000 Gäste kamen am Sonntag, 8. Dezember, in den Landtag, um 25 Jahre SPD-geführte Regierungen in Nordrhein-Westfalen zu feiern. Das Treffen bei Kaffee und Bier sowie deftiger Hausmannskost nahm zeitweilig den Charakter eines Volksfestes an. Für Stimmung sorgten u. a. die Roten Funken mit ihrem Tanzmariechen sowie Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger Mdl. an der Spitze. Das Landesjugendjazzorchester spielte ebenso auf wie die Bergmannskapelle Auguste-Viktoria aus Marl. An die Anfänge im Jahre 1966 erinnerten Willy Brandt, Ministerpräsident Johannes Rau sowie Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann in einem Gespräch auf der Orchesterbühne. Foto: Schüler

Literatur

Brandenburger und andere

„Zu DDR-Zeiten wurde die Groß- und Grundstoffindustrie forciert, die sich an wenigen Standorten zusammenballte... Die neue Landesregierung fördert den Mittelstand... Bis Mitte 1991 verzeichnete Brandenburg bereits über 50000 Existenzgründungen bei steigender Tendenz. Auch große westdeutsche Unternehmen engagieren sich. So baut Mercedes in Ludwigsfelde ein Lkw-Werk für 1,2 Milliarden, die VEBA investiert zwei Milliarden in die Petrochemie in Schwedt, wo die Pipelines aus der Sowjetunion enden. Die BASF übernahm das Synthesewerk Schwarzheide.“

Diese Informationen über das NRW-Partnerland Brandenburg sind einer Taschenbuchausgabe „Die neuen deutschen Bundesländer“ zu entnehmen, die jetzt in der zweiten Auflage erschienen ist. Zu jedem der fünf neuen Länder gibt es die wichtigsten Zahlen und Fakten, etwas Geschichte, ein Abriß über die Menschen und die Landschaften, über die Wirtschaft und die politische Neuorganisation. Damit kann das Taschenbuch ein praktischer Begleiter bei Reisen in die neuen Bundesländer sein.

Über die Menschen und die Sprache in Brandenburg ist folgendes zu lesen: „Berlin mit seiner typischen Lebensart und Sprache hat die umliegende Mark nachhaltig geformt. Noch vor hundert Jahren wurde auf dem Land Plattdeutsch gesprochen, was aber bis heute immer mehr abnahm. Der Berliner Stadtdialekt setzte sich durch — mit seinen slawischen, jüdischen und französischen Sprachelementen, auch mit dem näselnden Offiziersjargon.“

Der typische Brandenburger, sofern es ihn gibt, gilt als wortkarg und mit rauher Schale versehen. Wenn er spricht, so die landläufige Meinung, kann er bisweilen schlagfertig sein und trockenen Humor beweisen. Als preußisches Erbe zählen Fleiß, Bescheidenheit und Pflichtbewußtsein.“

(Hoffmann/Klatt/Reuter, Die neuen deutschen Bundesländer, Eine kleine politische Landeskunde, Verlag Bonn Aktuell, 112 Seiten, 12,80 Mark.) mmg

Benefiz-Fußball

Zum Jahresausklang trat der FCL gegen die Mannschaft der Aids-Hilfe, verstärkt durch Spielevermittler Roland Appel, an. Mit einem klaren 7:3 verließ die Landtags-Mannschaft die vollbesetzte Josef-Strunk-Halle in Bonn. Es war der Abschluß eines Benefiz-Nachmittags mit zahlreichen sportlichen Höhepunkten zugunsten der Aids-Hilfe NRW. Von Beginn an zog der FCL das Spiel an sich, kontrollierte das Geschehen und ließ dem Gegner kaum Raum zur Entfaltung. Aus der Mannschaft des FCL ragten Heinz van Schewick und Alt-Mdl Albert Klütsch hervor, vor allem aber Yvonne Kempen durch ihre eleganten Dribblings. Sie war auch mit ihren Torschüssen gleich zweimal erfolgreich. Auffällig auch Torhüter Reinhold Hemker, der sein Stürmerblut jedoch nicht völlig im Zaum halten konnte: Bei einem Ausflug in die gegnerische Spielhälfte im Stile eines Petar Radenkovic verlor er das runde Leder und mußte prompt ein Gegentor kassieren. Beim nächsten Mal will er wieder Tore schießen.

Birgit Fischer neue Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Birgit Fischer (Bild) ist neue Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion. Die 1953 in Bochum geborene Diplom-Pädagogin ist Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung sowie des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Sie arbeitete bisher ferner in den Fraktionsarbeitskreisen „Schule und Weiterbildung“, „Wissenschaft und Forschung“ sowie „Europapolitik“ mit. Frau Fischer ist verheiratet und hat ein Kind. Sie ist seit 1981 Mitglied der SPD und seit Mai 1990 Landtagsabgeordnete. Die 38jährige Politikerin hat 1972 Abitur gemacht und danach in Münster Erziehungswissenschaften studiert. Sie war pädagogische Leiterin im evangelischen Bildungswerk, Fachbereichsleiterin VHS und bis 1990 Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bochum. Nach der Wahl von Bir-



git Fischer ist die nordrhein-westfälische SPD-Fraktion derzeit die einzige SPD-Landtagsfraktion im gesamten Bundesgebiet, in der eine Frau Parlamentarische Geschäftsführerin ist.

Brandenburger Petitionsausschuß zu Besuch

„Ein neuer Typ von Behörden-Mitarbeiter“

Die „Forderungen zur Schaffung eines neuen Typs der Behördenangestellten“ sollten, so hieß es ein Jahr nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches in Brandenburg „die Bevölkerung dazu anregen, Kritik zu üben und Vorschläge zu unterbreiten“. Sie seien von einem zutiefst demokratischen und humanistischen Geist geprägt, meint ein Sachkenner von heute und zitiert aus „Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg“ von 1946:

„Der Behördenangestellte muß ehrlich, sauber, bescheiden, von anständigem Charakter und unbedingter Feind der Korruption sein ... Er darf nicht herrschsüchtig sein, er muß lernen, sich selbst zu beherrschen ... Er muß erhöhtes Verständnis und besondere Höflichkeit dem Publikum gegenüber an den Tag legen.“



Zur Beratung über den Umgang mit Eingaben aus der Wählerschaft und mit Behörden bei der Bearbeitung von Petitionen hielt sich der Petitionsausschuß des Landtags von Brandenburg Anfang Dezember in Düsseldorf auf. Die Ausschußmitglieder (Bildmitte: die Vorsitzende des Petitionsausschusses Uta Müller, SPD-Landtagsabgeordnete aus der Lausitz, r. daneben ihr Stellvertreter Frank Dietrich, CDU-Abgeordneter aus Guben) nahmen an einer normalen Sitzung des NRW-Petitionsausschusses teil, in der 15 Abgeordnete zu vielfältigen Beschwerden berichteten: Nachbarnstreit über einen Taubenschlag, Wohngeld für den Lebenspartner im Ferienhaus, Tankstelle im Wasserschutzgebiet, Klage nach Sterilisation, Bauen im Außenbereich, Anrechnung von

Rentenjahren aus der früheren DDR. „Häufig bedarf es nur eines kleinen Anstoßes“, sagte Ausschußvorsitzender Karl Knipschild (CDU, 2. v. l.), „und schon lösen sich Verkrampfungen“, etwa zwischen Bürgern und Behörden.

Auch in der Verfassung des Landes Brandenburg ist das Recht für alle Bürger vorgesehen, sich mit Bitten und Beschwerden an den Landtag zu wenden. An der gesetzlichen Grundlage dafür wird derzeit in Potsdam gearbeitet. In NRW räumt das Gesetz den Mitgliedern des Petitionsausschusses das Recht auf uneingeschränkten Zutritt zu Landesbehörden, volle Akteneinsicht und Anhörung der Beteiligten ein. Besonders wirksam sind nach Düsseldorf Erfahrung die Verhandlungstermine vor Ort.

Rückblick 1991

Europa und die Deutsche Einheit

Im Jahr 1991 hat der nordrhein-westfälische Landtag ein umfangreiches Arbeitsprogramm bewältigt. Mit dem Haushaltsgesetz sowie dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 wurden insgesamt 16 Gesetze verabschiedet. 147 Anträge durchliefen die verschiedenen Stadien der Beratung. Ferner befaßte sich das Parlament mit 61 Entschließungsanträgen (Stand: erste Hälfte Dezember 1991) sowie 56 Änderungsanträgen. Daß die Zahlen gegenüber den Vorjahren im Steigen begriffen sind, zeigt sich am deutlichsten an den Kleinen Anfragen. „Nur“ 438 waren es im Jahr 1990. In diesem Jahr belief sich deren Zahl bis zum Dezember bereits auf 706, die, gestellt von Abgeordneten aller Fraktionen, von der Landesregierung Antwort forderten. Die Zahl der mündlichen Anfragen betrug 123. Acht dringliche Anfragen wurden registriert. Gleich hoch war die Zahl der Regierungserklärungen. Die Statistik weist darüber hinaus vier Große Anfragen und zwölf Aktuelle Stunden bis Dezember aus. Thematische Schwerpunkte waren in diesem Jahr die Deutsche Einheit, der Terrorismus, die Europa-Politik, die Schul- und Rundfunkpolitik, die Zukunft von Kohle und Stahl, die Ausländer- und Asylantenpolitik und der Umweltschutz.

10. Januar

Die gleichmäßige Verteilung **ausländischer Flüchtlinge** auf die Gemeinden des Landes sowie die Erstattung der **Sozialhilfe** durch das Land standen im Mittelpunkt einer Anhörung des Arbeits- und Sozialausschusses zur Novelle des Flüchtlingsgesetzes.

17. Januar

In einer **Schweigeminute** hat der nordrhein-westfälische Landtag auf den **Ausbruch des Krieges am Golf** reagiert. In allen Ausschüssen erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen.

23. Januar

In einer Regierungserklärung zu aktuellen weltpolitischen Entwicklungen verurteilte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) im Landtag **deutsche Waffengeschäfte mit dem Irak** und anderen Ländern außerhalb des NATO-Bereiches scharf. Der Krieg am Golf wurde als Mahnung an die Länder des Westens bezeichnet.

24. Januar

Zu den Auswirkungen der **Solidarleistungen für die neuen Bundesländer** nahm Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) in einer Regierungserklärung Stellung. Bei der Aussprache im Plenum wurde die Befürchtung deutlich, daß auf die alten Bundesländer sowie auf die Kommunen erhebliche Lasten zukommen könnten.

31. Januar

Der Hauptausschuß sprach sich zur **Stärkung des kooperativen Föderalismus** für eine Zusammenarbeit der Landtage von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg aus.

21. Februar

Die **Studentenwerke** haben die Dimension mittlerer **Wirtschaftsunternehmen** erreicht und im Vorjahr mit 3273 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 288 Millionen Mark erzielt. Das wurde bei einer Anhörung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung bekannt.

13. März

Für den Erhalt von Wald, Schloß und Stiftskirche **Cappenberg** machte sich die CDU-Fraktion im Plenum stark. Die SPD-Fraktion sah darin einen Angriff auf die nordrhein-westfälische **Kohlepolitik**. Die Grünen forderten den sofortigen Stopp der Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus.

20. März

Folgen und Kosten der **Deutschen Einheit** bestimmten an zwei Tagen die zweite Lesung des Landeshaushalts 1991. Im Mittelpunkt standen die Probleme, die sich durch Auflösung der DDR und der Gründung der fünf neuen Bundesländer ergeben hatten.

24. April

Die **Ermordung** des Treuhand-Chefs Detlev Karsten Rohwedder überschattete die Aussprache bei der dritten Lesung des Landeshaushalts 1991. Der Etat in Höhe von 71,3 Milliarden Mark sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz wurden verabschiedet.

25. April

Als Antwort auf den Vorstoß des Bundeswirtschaftsministers gegen Kohlevorrang und Jahrhundertvertrag stellte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Günther Einert in einer Regierungserklärung ein **„Optimierungsmodell des deutschen Steinkohlebergbaus“** vor.

3. Mai

Entwarnung im Landtag: Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) gab in einer Regierungserklärung bekannt, daß von der dioxinverseuchten **Kupferschlacke** der ehemaligen Marsberger Kupferhütte „Hermann-Göring-Werke“ im Sauerland **keine akute Gefährdung** ausgehe. Von den Fraktionen wurde bei der sachlichen Debatte generell das Problem industrieller Altlasten angesprochen.

3. Mai

Grundsätzliche Zustimmung der Fraktionen zur notwendigen Einrichtung einer **Tagesbetreuung für Kinder**. Die geplante Regelung der Kostenübernahme sowie des Beitrags-einzugs führten indessen auch zu Kritik am Regierungsentwurf eines Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder.

3. Mai

Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. würdigten aus Anlaß einer Debatte über **40 Jahre Landesjugendplan** Nordrhein-Westfalen die Jugendarbeit über vier Jahrzehnte im Land.

20. Mai

John van Nes Ziegler, Landtagspräsident von 1966 bis 1970 und 1980 bis 1985,

beging seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß lud Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am 21. Mai zu einem **Empfang im Landtag**, bei dem die Spitzen der Fraktionen, der Ministerpräsident, viele Minister, ehemalige Mitarbeiter und Freunde Glückwünsche überbrachten.

4. Juni

Die Auseinanderlegung der in Köln-Ossendorf inhaftierten RAF-Terroristinnen hatten 75 Abgeordnete der CDU-Fraktion beantragt. In der aus diesem Anlaß einberufenen Sondersitzung des Landtags nahm Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) zur **Haftsituation** der in Köln einsitzenden **Terroristinnen** Stellung.

12. Juni

Die Zukunft der Steinkohle stand erneut zur Debatte. In einer Aktuellen Stunde stellte die SPD-Fraktion die besorgte Frage, ob ein **Bruch der Kohlevereinbarungen** und damit eine **Gefährdung des sozialen Friedens** drohe?

Die Fraktionen von CDU und F.D.P. forderten die Rückkehr zum Konsens zwischen Kohle und Kernenergie.

12. Juni

Der Landtag verabschiedete in zweiter Lesung mehrheitlich das 4. Rundfunkänderungsgesetz. Erstmals konnten damit auf gesetzlicher Grundlage Frequenzen zugewiesen werden.

Am gleichen Tag gab der Hauptausschuß grünes Licht für das **3. Rundfunkänderungsgesetz**. Grundlage der Beratungen war ein zwischen der Staatskanzlei, der Landesanstalt für Rundfunk (LfR) sowie dem Westdeutschen Rundfunk Köln (WDR) abgestimmtes Papier zum Einsatz leistungsstarker UKW-Hörfrequenzen in Nordrhein-Westfalen. Die Opposition wertete die Vereinbarung als positiv für den lokalen Rundfunk.

14. Juni

Von allen Fraktionen wurde in einer Aktuellen Stunde Solidarität mit der Stadt Kalkar beschworen, galt es doch, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um **Ersatz für den Schnellen Brüter** als Wirtschaftsfaktor zu finden.

14. Juni

Über die Notwendigkeit der finanziellen Absicherung des Pflgerisikos und der Einführung einer gesetzlichen **Pflegeversicherung für alle** waren sich die Fraktionen einig. Dennoch fanden SPD-Regierungslager und Opposition nicht zu einem gemeinsamen Votum. Streitpunkt blieb die von der SPD geforderte Finanzierung mit Arbeitgeberanteilen.

26. bis 28. Juni

Erstmals fand im nordrhein-westfälischen Landtag ein **Europa-Forum** statt. 200 Teilnehmer aus den verschiedensten Ländern, Regionen und autonomen Gemeinschaften waren angereist. Die Liste reichte von den Azoren bis zu Wales. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe erklärte zu Beginn, ein Erfolg des Europa-Forums sei auch ein Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. „Wir wollen ein **föderalistisches Europa** und keine zentralistisch regierte Gemeinschaft ohne hinreichend demokratische Kontrolle. Auch muß das föderative

Element gestärkt und seine Aushöhlung durch einseitige Kompetenzverlagerungen an die zentralen Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft verhindert werden“, sagte die Präsidentin. Ähnlich äußerten sich auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sowie der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, der Schotte David W. Martin. In drei zusätzlichen Podiumsveranstaltungen wurde der Informationsstand vertieft.

4. Juli

22 ehemalige und jetzige Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags sind vom **Ministerium für Staatssicherheit** der ehemaligen DDR beobachtet worden. Das teilte der Vorsitzende des Hauptausschusses, Reinhard Grätz (SPD), bei einer Sitzung mit.

10. Juli

Erfolgsmeldung des Vorsitzenden Karl Knipschild (CDU) im Plenum: der Petitionsausschuß des Landtags hat in 24 Sitzungen der elften Wahlperiode bereits **5500 Petitionen** behandelt.

11. Juli

In einer Regierungserklärung zu den Folgen der **Entscheidung** des Deutschen Bundestages für Berlin sprach sich Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) dafür aus, der Region Bonn und deren Menschen schnell eine klare **Zukunftsperspektive** zu geben. Auch aus den Reden der Sprecher der Fraktionen klang das Bedauern über die Abstimmungsniederlage der Bonn-Befürworter im Bundestag heraus.

12. September

Das Haushaltsgesetz 1992, die Finanzplanung des Landes von 1991 bis 1995 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 mit der **Regelung des interkommunalen Ausgleichs** am Solidarbeitrag zur deutschen Einheit hat der Landtag in seiner ersten Sitzung nach den Parlamentsferien in erster Lesung behandelt. Der Haushalt sah zur Zeit seiner Einbringung ein Gesamtvolumen von 73,8 Milliarden Mark vor.

13. September

Die sozialen, ökologischen und wasserhaushaltlichen Auswirkungen des beantragten Braunkohletagebaus **Garzweiler II** waren Gegenstand einer ganztägigen öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung. Vorsitzender Werner Stump (CDU) wies darauf hin, daß die „Verfahrensherrschaft“ beim Braunkohleausbau liege.

18. September

Bei der ersten **Beratung des Haushaltsgesetzes 1992** bezeichnete die Opposition die von ihr so genannte „Finanzmisere“ des Landes als hausgemacht. Dem Finanzminister hielten Oppositionssprecher eine verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik vor. Von Regierungsseite wurde dagegen der Opposition „selektive Wahrnehmung“ vorgeworfen und auf die „Staatsverschuldung in schwindelnder Höhe“ durch den Bund hingewiesen.

19. September

In einer von CDU und F.D.P. beantragten Aktuellen Stunde hat die Opposition der Landesregierung **Versagen in der Schulpolitik** vorgeworfen. Von der SPD wurde dagegen-

gehalten, Nordrhein-Westfalen räume mit seinem Bildungssystem jungen Leuten mehr Möglichkeiten und **bessere Bildungschancen** ein als andere Bundesländer. Der Aussprache lag das Thema „Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens zur Organisationsuntersuchung im Schulbereich“ zugrunde.

20. September

Der Landtag einmal ganz anders: **Weltkindertag!** 270 Mädchen und Jungen aus allen Landesteilen begrüßte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe im Landesparlament als „Glückspilze“. Insgesamt hatten sich 1700 junge und ganz junge Leute angemeldet. Einen Tag lang konnten die Kinder und Jugendlichen im Plenarsaal und in den Landtagsausschüssen Abgeordneten Fragen stellen und ihre eigenen Anliegen zur Sprache bringen. Musik, Theater und Tanz rundeten den Festtag ab.

24. September

Die **Abbaupläne** für den Tagebau Garzweiler II beschäftigten das Plenum. In einer Regierungserklärung bei der Sondersitzung verdeutlichte Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD), die Landesregierung wolle einen erheblich verkleinerten **Aufschluß des Braunkohletagebaus** Garzweiler II unter der Bedingung genehmigen, daß der Antragsteller Rheinbraun für eine deutliche Verringerung der Schadstoffe und Kohlendioxid-Emissionen Sorge. Die Vorwürfe der Opposition reichten von dem Vorhalt, die Landesregierung wolle die Entscheidung über's Knie brechen, bis zu dem Hinweis, die Menschen würden ein solches Projekt nicht mehr hinnehmen.

25. September

Grenzen des Verkehrswachstums, technische Alternativen zum motorisierten Individualverkehr sowie **Mobilität als Merkmal der Wohlfahrtsgesellschaft** wurden bei einer Anhörung des Ausschusses „Mensch und Technik“ erörtert. Dabei klang unter anderem durch, daß jeder Deutsche jährlich rund 12000 Kilometer zurücklege. Kritische Stimmen merkten indessen an, für öffentliche Haushalte sei die **Verkehrsinfrastruktur** kaum noch bezahlbar.

Gegen Ausländerhaß und Ausschreitungen

26. September

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement teilte im Hauptausschuß mit, die Landesregierung plane eine Änderung des Landesrundfunkgesetzes mit dem Ziel, terrestrische Frequenzen für die **Westschiene** zu gewinnen. Den Zuschauern solle auch der terrestrische Empfang von SAT 1 ermöglicht werden.

2. Oktober

In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Einführung einer **Pflegeversicherung** im Rahmen des Sozialversicherungssystems“ warben die Sprecher der SPD-Fraktion für den von der Landesregierung im Bundesrat eingebrachten Gesetzesentwurf. Abgeordnete der Union machten sich für das vom CDU-Bundesvorstand beschlossene Blüm-Konzept stark.

2. Oktober

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe erinnerte im Plenum des Landtags an den **demokratischen Neubeginn** und die erste Stunde des nordrhein-westfälischen Parlaments. Frau Friebe nannte den 2. Oktober ein **historisches Datum**. Vor 45 Jahren auf den Tag sei der Landtag im Opernhaus der Stadt Düsseldorf erstmals zusammengetreten. Die 200 Abgeordneten seien von der britischen Besatzungsmacht ernannt, nicht von der Bevölkerung gewählt worden. Es sei dennoch nach zwölf Jahren Nazidiktatur ein demokratischer Neuanfang gewesen.

4. Oktober

In einer gemeinsamen Erklärung gegen Ausländerhaß hat der Landtag **Ausschreitungen** gegen Ausländer entschieden **verurteilt**. In einer gemeinsamen Erklärung der vier im Parlament vertretenen Fraktionen, hieß es, Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, nach Nordrhein-Westfalen kämen, dürften nicht Zielscheibe von Haß und Gewalt sein.

4. Oktober

Alle Fraktionen sprachen sich in einem gemeinsamen Antrag dafür aus, daß die **Länderparlamente** bei der Reform des Grundgesetzes gleichberechtigt werden müßten.

13. November

In einer Regierungserklärung vor dem Landtag bezeichnete Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) die **Kohlevereinbarungen** als einen tragfähigen Kompromiß zwischen dem Bund und den kohlefördernden Ländern. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß vom weiteren notwendigen Anpassungsprozeß eine Reihe weiterer Schachttanlagen sowie viele Bergleute und deren Familien betroffen seien. Die CDU-Opposition forderte daraufhin den Regierungschef und die SPD-Fraktion auf, ihr Verhältnis zur sicheren **Kernenergie** neu zu überdenken. Auch F.D.P. und Grüne meldeten Kritik an.

14. November

Zwei Unternehmen von Weltrup verhandelten, ihr Ergebnis sei wichtig für die Zukunft einer hochqualifizierten und selbstbewußten Arbeitnehmerschaft, stellte Johannes Rau in einer weiteren Regierungserklärung zur **Fusion der Stahlriesen** Krupp und Hoesch fest. Von der Opposition aus CDU und F.D.P. wurde die Forderung erhoben, der Staat solle sich aus unternehmerischen Entscheidungen heraushalten. Die Grünen sprachen vom bisher spektakulärsten Coup in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik.

11. und 12. Dezember

Der Landtag beriet in **zweiter Lesung** das **Haushaltsgesetz**, das **Gemeindefinanzierungsgesetz** sowie das **Solidarbeitragsgesetz 1992**. Dabei nahmen Sprecher aller Fraktionen sowie die jeweils zuständigen Ressortminister zu den Einzelplänen des Etats Stellung, beginnend vom Einzelplan des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales bis hin zu dem des Finanzministeriums.

18. Dezember

Das Haushaltsgesetz 1992 in Verbindung mit der Finanzplanung sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1992 werden nach einer **Generaldebatte** vom Landtag mit Mehrheit verabschiedet.

SPD-Fraktion

Farthmann regt Gründung eines Freundeskreises an

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann hat die Gründung eines Freundeskreises Nordrhein-Westfalen/Skopje angeregt. Es gehe darum, alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Menschen dort zu helfen. „Sie nämlich“, so Farthmann, „die bereit sind, in ihrer Heimat zu bleiben, sind diejenigen, denen wir unter die Arme greifen müssen.“ Für sie lohne es sich, jede — auch finanzielle — Unterstützung einzuwerben. Außerdem solle der großartige Einsatz caritativer und anderer Organisationen aus NRW in Mazedonien wirkungsvoll flankiert

werden. Der Schwung des hoffnungsvollen Anfangs einer neuen Flüchtlingspolitik am Beispiel Skopjes dürfe jetzt nicht erlahmen, stellte Farthmann fest. Zudem habe er hinzulande eine große Bereitschaft zur Hilfe festgestellt.

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Innenausschuß 1 000 zusätzliche Stellen der Besoldungsgruppe A9 gehobener Dienst im Polizeibereich beantragt. Dazu der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Frechen: „Wir wollen bereits für das Haushaltsjahr 1992 ein erstes Signal setzen für die Umsetzung des Gutachtens zur Funktionsbewertung der Schutzpolizei.“ Zudem würden damit auch Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst (bei A7 und A8) geschaffen.

Bereits in ihrer Haushaltsklausur am 11. November hatte die SPD-Landtagsfraktion ihre Auffassung bekräftigt, daß viele Funktionen der schutz-

polizeilichen Arbeit, vor allem die des Wach- und Wechseldienstes, von ihrer Art und Belastung her im gehobenen Dienst anzusiedeln sind.

★

Fraktionsvorsitzender Farthmann hat dem langjährigen Fraktionsmitglied Hans Rohe aus Minden für hervorragende Zusammenarbeit gedankt. Rohe hatte nicht mehr als Beisitzer für den Fraktionsvorstand kandidiert. Er begründete dies mit der Absprache zwischen den Abgeordneten aus dem Bezirk Ostwestfalen-Lippe, der sogenannten „Teutonen-Riege“, daß aus ihren Reihen immer derjenige im Fraktionsvorstand vertreten sein solle, der auch Sprecher der „Teutonen-Riege“ sei. Diese Aufgabe habe nun Manfred Böcker übernommen.

Rohe, der dem nordrhein-westfälischen Landtag seit dem 28. Mai 1975 angehört, war insgesamt elf Jahre Mitglied des Fraktionsvorstandes.

CDU-Fraktion

Westschiene Nagelprobe für duale Rundfunkordnung in NRW

„Der Start der Westschiene als drittes privates Fernsehprogramm in NRW ist nach wie vor nicht gesichert.“ Dies ist, so die medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion NRW, Ruth Hieronymi, das Ergebnis einer Sachverständigenanhörung der CDU im Düsseldorfer Landtag.

So erklärte für die „Anbietergemeinschaft Westschiene“ Bertelsmann-Vorstandsmitglied Erich Staake, daß die Westschiene, um antreten zu können, mit Frequenzen minde-

stens so ausgestattet sein müsse, wie RTL Plus. „Bisher weiß aber niemand, wo diese Frequenzen herkommen sollen“, kritisierte Frau Hieronymi. 1987 gaben die CDU-regierten Bundesländer für SAT 1 auf der Südschiene und RTL Plus auf der Nordschiene grünes Licht. „Nur die Westschiene blieb auf der Strecke, weil die SPD in Nordrhein-Westfalen sich nicht rechtzeitig für das private Fernsehen entscheiden konnte“, so die CDU-Medienpolitikerin. „Die Folgen liegen auf der Hand: Für die Westschiene sind keine Frequenzen mehr übrig.“

Auch Staake machte für die Westschienen-Anbietergemeinschaft — ebenso wie Jürgen Doetz für SAT 1 — deutlich, daß die Zeit dränge. Wenn die Westschiene Anfang 1993 auf Sendung gehen solle, müßten jetzt die notwendigen wirtschaftlichen Entscheidun-

gen getroffen werden. Jede Verzögerung gefährde die wirtschaftlichen Grundlagen von SAT 1 ebenso wie die der neuen Westschiene.

„Ministerpräsident Rau selbst muß sich nun in die Verhandlungen einschalten, um endlich die notwendigen Entscheidungen herbeizuführen“, forderte Frau Hieronymi. „Ohne Kompromißbereitschaft des WDR ist die Westschiene nicht zu verwirklichen.“

Als völlig unakzeptabel bezeichnete Hieronymi den Vorschlag des medienpolitischen Sprechers der SPD, Jürgen Büsow, daß sich der WDR an der Westschiene beteiligen solle. Die Entscheidungsfähigkeit der Landesregierung könne nicht auf dem Rücken der Gebührenzahler ausgetragen werden. Eine klare Trennung von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sei unverzichtbar.

F.D.P.-Fraktion

Vorrang für Bildung und Wissenschaft

Vorrang für Bildung und Wissenschaft als Zielvorgabe für den Landeshaushalt '92 fordert die F.D.P.-Landtagsfraktion in der 2. Lesung des Landeshaushalts. In einem Entschließungsantrag bekräftigt die F.D.P., daß gut ausgebildete junge Menschen für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind. „Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Rohstoffe Nordrhein-Westfalens, die es besonders zu fördern gilt.“ Diese Förderung muß Vorrang haben vor der Konservierung verkrusteter Strukturen in unserem Lande; Zukunftsinvestitionen vor Erhal-

tungssubventionen ist das Leitmotiv der F.D.P. Angesichts der steigenden Anforderungen der modernen Industriegesellschaft wächst die Bedeutung hochqualifizierter Ausbildung. Die F.D.P. stellt in ihrem Antrag fest, daß der Landeshaushalt auch für das Jahr 1992 diesen Herausforderungen nicht gerecht wird.

Die Zukunftschancen für die nächste Generation würden vielmehr durch drastische Einschränkungen der Leistungen des Landes im schulischen Bereich geschmälert. Statt die Mahnungen des Kienbaum-Gutachtens, daß eine Grundsanierung des Schulwesens kostenneutral nicht möglich ist, ernst zu nehmen, betreibe die Landesregierung durch Kürzung der Stundentafeln und willkürliche Einschnitte in den Zweiten Bildungsweg Bildungsabbau. Im Wissenschaftsetat erreiche die Aufstockung bei weitem nicht das erforderliche Ziel des doppelten Prozentsatzes der Steigerungsrate des Gesamthaushaltes. Damit

schreibe die Landesregierung die Überlast an den Hochschulen als Normalfall fest; die Hochschulen würden zudem gezwungen, die Zahl der Fächer mit Zulassungsbeschränkung stetig zu erhöhen. Die F.D.P. hält es für untragbar, daß bereits jetzt 90 Prozent aller Studiengänge an den Fachhochschulen mit einem Numerus clausus belegt sind. Die F.D.P. fordert die Landesregierung auf, die Bildungspolitik endlich als Kernaufgabe der Landespolitik zu verstehen und für die Grundsicherung die erforderlichen Voraussetzungen im Landeshaushalt zu schaffen.

Hart kritisierte die F.D.P. die Absicht der Landesregierung, sich mit einer Generalmächtigung quasi schwarze Kassen mit frei verfügbaren Mitteln für die Kohlereionen zu schaffen. Dies widerspreche Sinn und Zweck der Landeshaushaltsordnung. „Schwarze Kassen sind eklatante Verstöße gegen die Grundsätze der Haushaltsklarheit und -wahrheit“, ist das Fazit der F.D.P.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Kein Atommüll-Lager nach Kalkar

Die Atomwirtschaft und Teile der Landes- und Bundesregierung planen die Errichtung eines Lagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle auf dem Gelände der Bauruine des „Schnellen Brüters“ in Kalkar. Die Essener „Gesellschaft für Nuklearservice“ arbeitet gegenwärtig schon an einem „Kostenrahmen“ für das atomare Zwischenlager. Die Grünen im Landtag sehen darin eine „aberwitzige Idee“ und forderten die Landesregierung eindringlich auf, diesen Plänen eine eindeutige Absage zu erteilen. Offenkundig

solle mit dem Zwischenlager „das Ende der Atomwirtschaft in der Bundesrepublik hinausgezögert werden“.

„Diese Pläne zeigen“, so die umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Dr. Katrin Grüber, „daß die Atomwirtschaft kurz vor dem Entsorgungs-Fiasco steht. Da Mitte dieses Jahrzehnts sämtliche Lagermöglichkeiten für schwach- und mittelradioaktive Abfälle erschöpft sind, müssen die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik sofort stillgelegt werden. Der Schlüssel für die Errichtung einer neuen atomaren Abfallhalde liegt bei der Landesregierung. Daran wird sich zeigen, wie ernst es der SPD mit ihren Ausstiegsbeschlüssen ist.“

Wenn die RWE heute keinen Bedarf für ein konventionelles Kraftwerk in Kalkar zu erkennen vermag, dann ist dies zugleich die späte Einsicht, daß der Schnelle Brüter energie-

politisch sinnlos gewesen wäre. Die einzige angemessene Nutzung der Bauruine wäre ein Museum für technologischen Größenwahn.“

★

Auf die bisher unterschätzte Giftigkeit auch geringer Dioxin-Aufnahmen haben Umweltexperten bei einer Anhörung der Grünen hingewiesen. So geht der Kieler Toxikologe Prof. Dr. Otmar Wassermann davon aus, daß durch die bisher als tolerierbar angesehene Dioxin-Menge etwa 80 000 Menschen in der Bundesrepublik zusätzlich an Krebs erkranken. Wassermann: „Die Dioxin-Produzenten gehören auf die Anklagebank.“ (Siehe auch Seite 9)

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Farthmann als Vorsitzender von SPD-Fraktion bestätigt

Professor Dr. Friedhelm Farthmann ist am 3. Dezember 1991 von der SPD-Landtagsfraktion in geheimer Wahl als deren Vorsitzender bestätigt worden. Laut Geschäftsordnung wird der gesamte Fraktionsvorstand immer zunächst für 18 Monate gewählt, dann für den Rest der Legislaturperiode. Bei der Wiederwahl stimmten 93 SPD-Abgeordnete für Farthmann, 13 stimmten mit Nein, 13 enthielten sich.

Bestätigt wurden auch Farthmanns Stellvertreter mit folgenden Stimmen:

Manfred Dammeyer (Oberhausen): 86 Ja, 22 Nein, 7 Enthaltungen

Loke Mernizka (Siegen): 90 Ja, 17 Nein, 8 Enthaltungen

Volkmar Schultz (Köln): 76 Ja, 22 Nein, 14 Enthaltungen

Brigitte Speth (Düsseldorf): 77 Ja, 26 Nein, 10 Enthaltungen

Reinhold Trinius (Porta Westfalica): 101 Ja, 9 Nein, 9 Enthaltungen.

Als Beisitzer wurden wiedergewählt:

Berger, Heidi (Essen): 86 Stimmen

Böcker, Manfred (Augustdorf): 79 Stimmen

Bössow, Jürgen (Düsseldorf): 90 Stimmen

Frechen, Stefan (Neunkirchen-Seelscheid): 92 Stimmen

Frey, Hans (Gelsenkirchen): 85 Stimmen

Garbe, Anne (Münster): 81 Stimmen

Gorcitza, Gabriele (Herne): 85 Stimmen

Grätz, Reinhard (Wuppertal): 80 Stimmen

Morawietz, Marie-Luise (Viersen): 76 Stimmen

Pflug, Johannes (Duisburg): 83 Stimmen

Rauterkus, Marita (Köln): 54 Stimmen

Schaufuß, Jürgen (Frechen): 76 Stimmen

Strehl, Klaus (Bottrop): 71 Stimmen

Stüber, Ernst-Otto (Bochum): 88 Stimmen

Vorpeil, Hans (Alsdorf): 61 Stimmen.

In der darauffolgenden Sitzung der Fraktion wurde eine neue Parlamentarische Geschäftsführerin gewählt: Birgit Fischer.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Meister-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304
und 884 2545, btx: * 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Hagen Tschölsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer
Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE
GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen
(SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU),
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher;
Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD)

Die Sprache der Diplomaten, das Einpacken harter Sachen in Watte, das nichtssagende Geplauder oder das bewußt unscharfe Formulieren bei der Beschreibung durchaus ernstgemeiner und unverrückbarer Positionen sind seine Sache nicht: Friedhelm Farthmann sagt klar, verständlich für alle, die hören können und wollen, was er denkt und manchmal sogar, was er empfindet, wenn er von irgend etwas angerührt worden ist. Daß solches Verhalten nicht gerade ein Existenzbeweis für die stromlinienförmige, jede Ecke und Kante zudeckende Hülle des modernen Allerweltpolitikers ist, versteht sich von selbst. Aber so einer will er auch gar nicht sein. Dabei weiß er ganz genau, daß ihm die „Lust an provokativen Formulierungen“, wie er selbst es nennt, schon „allzu oft im Wege gestanden hat“.

Aber immer, wenn viele ihm schon prophezeiten, daß dieser oder jener Ausrutscher wohl das nahe Ende der Karriere bedeuten könnte, kam es doch ganz anders. Die Freunde, die Farthmann hat, sorgten dann mit ihrem Einfluß und ihrem Stimmverhalten dafür, daß es ganz anders kam, als die Unkenrufer vorausgesagt hatten. Jüngstes Beispiel: Farthmanns Wiederwahl zum Vorsitzenden der SPD-Mehrheitsfraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, und dies für den Rest der Legislaturperiode bis 1995. Nicht nur die Wiederwahl allein war es, die überzeugte, sondern vor allem das Ergebnis. Nur ganze 13 Neinstimmen mußte der alte und neue Fraktionsvorsitzende hinnehmen. Wer also aus dem Schweigen der Fraktion anlässlich des Rau-Tadels für Farthmanns „Pensionsliste“ den voreiligen Schluß zog, jetzt hätten auch die Freunde in der Fraktion von ihm genug, muß sich revidieren.

Daß Farthmann sich nicht schon und nicht schon vor jedem Satz, den er aussprechen will, überlegt, wie das wohl bei diesen oder jenen ankommen könnte, ist ja nicht erst seit seinen jüngsten Interview-Außerungen bekannt. Als in den 70er Jahren auf einem SPD-Landesparteitag in Münster der damalige Juso-Vorsitzende Wilhelm Vollmann den Ministerpräsidenten Heinz Kühn in rüdem Ton, den Sachverhalt souverän ignorierend, angriff, blieb die ganze SPD-Vorstandsriege auf dem Podium stumm. Keiner meldete sich zu Wort, offenbar wollte es niemand mit dem damals wesentlich stärker und einflußreicher als heute daherkommenden Parteienachwuchs verderben. Nach peinlichen Schweigeminuten meldete sich Farthmann, als Delegierter im Saal sitzend, zu Wort. Und dann bekam es Vollmann von dem empörten Farthmann knüppeldick. Was die Jusos über die Abfuhr für ihren Boß dachten, scherte Farthmann nicht im geringsten. Eine Belohnung bekam der „Kumpel und Professor“ (Kühn über Farthmann) von Kühn dafür nicht; er hat sie auch gar nicht erwartet.

Als Farthmann unlängst mit seinen Interview-Außerungen über eine Kabinettsumbildung Furore machte und den Vorwurf anhören mußte, er rede die Partei krank, kam das, was sein eigentliches Anliegen war, wie er versichert, in der Diskussion viel zu kurz. Ganz schuldlos daran war er zweifellos nicht; er hätte wissen müssen, daß Namen Nachrichten sind, die zu Spekulationen Anlaß geben und alles andere in den Hintergrund drängen können. Was ihn wirklich umtreibt, so sagt er, ist die Sorge, ob die SPD in allen Bereichen so gerüstet ist, daß sie 1995 in Nordrhein-Westfalen zum vierten Mal die absolute Mehrheit erringen kann. Im Programmmatischen und in der Struktur der Partei sieht Farthmann Schwächen, die er abgestellt wissen möchte. Er selbst will als Fraktionsvorsitzender alles tun, daß er ein „ordentli-

ches Erbe“ hinterläßt, wenn 1995 ein anderer an seine Stelle treten sollte.

Die „Zeit der großen Weichenstellungen“ in der Politik ist vorbei, so sieht es Farthmann. Diese großen Weichenstellungen sind für ihn die Entscheidung der Bundesrepublik für den Westen, die Marktwirtschaft und die Öffnung nach Osten. Diese „großflächige Politik“ ist gestaltet. Jetzt stehen nicht die „qualitativen, sondern die quantitativen“ Problemlösungen an. Dazu gehört Unpopuläres wie Emotionales. Das Unpopuläre ist mit materiellen Opfern für Landsleute und Nachbarn umschrieben, das Emotionale mit „Heimat in Europa“. Farthmann ist davon ebenso wie Rau überzeugt, daß gerade in einem immer mehr politische Gestalt annehmenden vereinten Europa die „Region“ als engere Heimat Bedeutung gewinnt. Mit ihr könnten sich die Menschen identifizieren, zu ihr hätten sie die gefühlsmäßige Bindung.

Nach Farthmann hat die SPD weit und breit keinen besseren Mann als Rau, wenn es um die „Menschlichkeit in der Politik“ geht. Wie kein anderer könne Rau die Wähler ansprechen, weil er auf ihre Akzeptanz für seine Politik Rücksicht nehme. Aber in der SPD sieht der Fraktionsvorsitzende Defizite. Ihre Struktur hindere die Partei oft daran, rechtzeitig zu erfahren, was die Bürger wirklich wollen. Meinungsumfragen seien ein nur unzureichender Ersatz für das direkte Gespräch. Diese Defizite müßten aufgearbeitet werden, und nicht nur in Vorwahlzeiten müsse man auf den Bürger unmittelbar zugehen, um neben „Gefiltertem und Hochgerechnetem“ Klartext zu bekommen.

Ist ein Mann, den solche Probleme neben der Alltagsarbeit als Fraktionschef beschäftigen, zufrieden mit dem, was er geworden ist? „Uneingeschränkt ja“, lautet die Antwort. Nein, eine Karriere als Hochschullehrer hat den Honorarprofessor der Freien Universität Berlin nicht gereizt. Die Mutter, Gattin eines Lehrers in Farthmanns Geburtsort Bad Oeynhausen, habe gehofft, daß es „der Junge doch wenigstens zum Inspektor“ brächte. Nun, es reichte zum Göttinger Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften, zum Universitätsassistenten in Heidelberg, Geschäftsführer des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zum Mitglied des Deutschen Bundestages, zum Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen und schließlich zum Fraktionsvorsitzenden im Landtag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. „Voll zufrieden“ ist der 61jährige mit dem, was er geworden ist. Und nur noch eine Leidenschaft hat er neben der Politik, die Jagd. Ihr gehört die karge Freizeit.

Karl Lohaus

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 18. Dezember 1991 bis

14. Januar 1992

18. 12. **Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.), 42 J.
 20. 12. **Helmut Hellwig** (SPD), 58 J.
 21. 12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 54 J.
 21. 12. **Gerhard Wirth** (SPD), 40 J.
 22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 44 J.
 24. 12. **Hans Frey** (SPD), 42 J.
 25. 12. **Heinz Wirtz** (SPD), 48 J.
 28. 12. **Rüdiger Goldmann** (CDU), 50 J.
 28. 12. **Marita Rauterkus** (SPD), 49 J.
 29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 50 J.
 30. 12. **Klaus-Dieter Völker** (CDU), 54 J.
 30. 12. **Walter Grevener** (SPD), 61 J.
 31. 12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 51 J.
 5. 1. **Roland Appel** (DIE GRÜNEN), 38 J.
 6. 1. **Wolfgang Jaeger** (CDU), 57 J.
 13. 1. **Anne Garbe** (SPD), 47 J.
 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 60 J.
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 52 J.
 13. 1. **Robert Schumacher** (SPD), 56 J.
 14. 1. **Dr. Reiner Klimke** (CDU), 56 J.

★

Ulrich Schmidt, Vizepräsident des Landtags, wurde mit der Verdienstmedaille des Deutschen Roten Kreuzes ausgezeichnet. „Der Landesverband Westfalen-Lippe würdigt mit dieser besonderen Auszeichnung das Wirken des Sozialpolitikers im Landtag für die Wohlfahrtsverbände in NRW und seinen Einsatz für das DRK“, so der DRK-Präsident und Staatsminister a.D. Möcklinghoff bei der Verleihung der Verdienstmedaille.

★

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion im Landtag, ist beim Parteitag des CDU-Kreisverbandes Recklinghausen in Gladbeck von den Delegierten für zwei weitere Jahre zum Kreisvorsitzenden gewählt worden. Hegemann erhielt 90 Prozent der Stimmen bei seiner Wiederwahl. 212 Delegierte stimmten mit Ja, 22 mit Nein, zwölf enthielten sich. Lothar Hegemann ist seit 1983 in diesem Amt.

★

Hartmut Schauerte (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, wurde auf dem Kreisparteitag des Kreises Olpe, mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen, zum neuntenmal für weitere zwei Jahre gewählt. Von den 230 Delegierten stimmten sechs mit Nein und vier enthielten sich der Stimme.

★

Klaus Aalbers, Ministerialrat, wurde zum neuen Leiter des Referats II.2 der Landtagsverwaltung (Personal, Mitarbeiter der Abgeordneten, Haushalt, Justitiariat) bestellt. Sein Vorgänger, Ministerialrat Reinhard Dornburg, hat ein neues Aufgabengebiet beim Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg übernommen.

★

Wolfram Dorn (F.D.P.), Landtagsabgeordneter, ist zum Vizepräsidenten der ehemaligen Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes gewählt worden. Die Wahl wurde von der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder bei ihrer Mitgliederversammlung durchgeführt. Präsidentin der Vereinigung ist nun die frühere Bundestagspräsidentin **Annemarie Renner**.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Weihnachten ist nicht mehr fern. Ein paar Tage noch. Die Menschen im Land können dann ausspannen, sich besinnen, Gespräche führen, zu denen sie sonst nicht kommen. Weihnachten hat sich schon lange angekündigt. Manches Kaufhaus begann bereits im Oktober, sich ein weihnachtliches Outfit zu geben, sehr zur Überraschung des Passanten, der die Bräune vom Sommerurlaub noch im Gesicht trug. Aber „time“ ist „money“, auch fürs Weihnachtsgeschäft. Das hat sich in den letzten Jahren immer stärker einen Bereich des freien Wettbewerbs erschlossen, der für Groß und Klein von nostalgischem Reiz ist: den Weihnachtsmarkt. Überall in Nordrhein-Westfalen, von Aachen bis Düsseldorf (Bild), von Duisburg bis Münster, aber auch in kleineren Kommunen wie Moers oder Ratingen sind diese Märkte mit ihren hölzernen Buden im Knusperhäuschen-Look inzwischen schon Tradition: Tatsächlich läßt sich dort manches Präsent für den Gabenteller erstehen, und ein Glühwein mit oder ohne Schuß am verkaufsoffenen Samstagmorgen verschlechtert auch nicht gerade die Laune. Manchmal taucht dann im Gewühl die Symbolgestalt des weihnachtlichen Schenkens, der weißbärtige Herr im pelzbesetzten roten Mantel und mit Pelzmütze auf, der selbst in seiner profansten Form immer noch auf den heiligen Nikolaus als Gabenbringer zurückgeht. Auch der Weihnachtsbaum, der auf einem Weihnachtsmarkt nicht fehlen darf, hat von seiner Symbolkraft nichts verloren, selbst wenn seine Lichter heute elektrisch leuchten. Aber was macht das schon. Der Lichtenbaum hat in Deutschland eine lange Geschichte. Der Kerzenschmuck am Weihnachtsbaum ist erstmals durch Liselotte von der Pfalz um 1660 für den Hannoverschen Hof bezeugt.

Foto: Schüler

Regionalauschuß...

Fortsetzung von Seite 12

Michael Vesper sagte, es gehe darum, den Landesrechnungshof zu stärken. Wie das im einzelnen gemacht werde, müsse noch genau nachgeprüft werden. Dr. Achim Rohde vertrat die Ansicht, beide Antragsteller wollten eine „Stärkung in differenzierter Aktionseinheit“, nicht eine Schwächung. Man wolle keinen Landesrechnungshof des Parlaments, noch der Opposition, noch der Landesregierung. Der LRH solle unabhängig sein. Deshalb habe man auch Schwierigkeiten mit Formulierungen der CDU. Helmut Hellwig hielt seinem Vorredner vor, er tue so, als ob der Landesrechnungshof gestärkt werden solle. Das Gegenteil sei der Fall. Er halte den Weg für verheerend. Hellwig erinnerte daran, daß die Arbeit des Landesrechnungshofs 40 Jahre lang in diesem Parla-

ment nicht beanstandet worden sei. Der Präsident des Landesrechnungshofs, Professor Dr. Eberhard Munzert, erinnerte daran, daß für den Landesrechnungshof drei Begriffe maßgebend seien: Ordnungsgemäßheit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Bei Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beginne für den LRH die „dünne Luft“, weil die Exekutive vom Opportunitätsprinzip und vom Ermessen ausgehe.

3000 Besucher mehr

Über 92000 Besucherinnen und Besucher haben 1991 den Landtag Nordrhein-Westfalen besucht. Das sind noch einmal 3000 Personen mehr als im Jahr zuvor. Besonders hoch ist das Interesse an Plenartagen. So wurde beispielsweise die zweite Lesung des Landeshaushalts für 1992 von insgesamt 3900 Besucherinnen und Besuchern verfolgt.